

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zahlungsgeld. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Seidenstraße 14. Fernruf: 2105 (Hb.); 2107 (Berl.).

Mit der Halleschen Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Einzelnenpreis: 15 Pf. für den vom Höhe und Spalte; 1 Mark im Zeitl. Postkonten: Anstalt des Sozialen Fortschritts; Halle, Kommerz- und Verkehrs-Halle. Verlagsort: Leipzig 1937. Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv-Druckerei G. m. b. H., Halle. Verlags-Nr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 28. Oktober 1930

10. Jahrgang + Nr. 253

Zwei Wochen Berliner Metallarbeiterstreik!

Berlin kämpft für Euch alle — Helft Berlin, indem Ihr für Eure Forderungen streift!

Halle, 28. Oktober.
Vierzehn Tage stehen die Berliner Metallarbeiter heute im Streik. Am 14. Oktober morgens begann unter Führung der A.G.D. eine Reihe von Betrieben mit dem Streik, während in anderen Kampfbeschlüsse für den nächsten Tag gefasst wurden. Unter dem Druck dieser Tatsachen mußte um die Mittagsstunde die Funktionärskonferenz des D.M.B. den Streikbeschluss für den nächsten Tag fassen. Am Mittwoch war der Streik vollständig, in den folgenden Tagen gelang es der revolutionären Gewerkschaftsopposition, trotz toller Sabotage der Reformisten, eine ganze Reihe von nicht dem D.M.B. angehörigen Metallbetrieben in die Streikfront einzubeziehen.

Der Berliner Metallarbeiterstreik wird in der vorberstehenden Front für alle deutschen Arbeiter geführt. Der Lohnabbau, der den Berliner Metallarbeitern droht, ist nur die Ausföhrung des Lohnprogramms, das von der Brüning-Regierung, die offen erklärt hat, daß sie nur im allgemeinen Lohnabbau einen Ausweg aus der Krise sieht. Der Angriff der Ausbeuter, der heute Berlin gilt, wird morgen uns treffen — und in Berlin wird schon zu einem bedeutenden Teil das Schicksal unserer Kämpfe mitentschieden.

Das müssen alle Arbeiter verstehen. Berlin kämpft für uns alle — wir dürfen es nicht allein lassen und mögen die verärrlichen Bonzen hundertmal gegen die Verbreiterung der Streikfront behaupten.

In allen Betrieben, in allen Erwerbslosenversammlungen, in allen proletarischen Massenorganisationen, vor allem in allen Gewerkschafts-Ortsgruppen muß unverzüglich zum Streik der Berliner Metallarbeiter Stellung genommen werden, gilt es, Beschlüsse zu fassen auf materielle Unterstützung der Berliner, vor allem aber auch aktive Hilfe durch Aufnahme des Kampfes in eigenen Betrieb.

Wir müssen die Berliner Arbeiter nicht ihrem Schicksal überlassen, dürfen nicht dulden, daß die Unorganisierten ausgenutzt werden, weil das den verärrlichen Bonzen so in den Kram paßt, dürfen nicht dulden, daß die Arbeitergruppe, die für uns, für alle deutschen Arbeiter, in der vordersten Linie kämpft, ihrem Schicksal überlassen wird.

Denn darauf kommt es an: Jetzt, wo Berlin im Kampf steht, ist der günstigste Augenblick, um durch entschlossenen Gegenangriff in Lauchahammer den Lohnraub zu vereiteln. Jetzt, wo Berlin kämpft, ist der günstigste Augenblick für die Chemieproleten, den Lohnausgleich zur Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, der kapitalistischen Nationalisierung Einhalt zu gebieten. Jetzt, wo Berlin kämpft, ist der günstigste Augenblick für die Bergarbeiter, ihr Leben gegen die kapitalistische Nationalisierung zu verteidigen und den Siebenstundentag, die Achtstundenschicht unter Tage, bei vollem Lohnausgleich, zu kämpfen.

Lassen wir Berlin allein kämpfen, so werden wir trotz-

dem nicht um die Kämpfe bei uns herumkommen, wenn wir nicht widerstandslos verhungern wollen — aber die Aussichten des Sieges werden geringer sein, wenn wir die jetzt entscheidende Stunde nicht zu nutzen verstehen.

Der Kampf Berlins ist ein politischer Kampf — ein Kampf gegen die Gefahr, die uns allen droht.

Laßt Berlin nicht allein für uns alle kämpfen!

Achtung, Verbindung mit Berlin!

Betriebe und Organisationen, die zum Berliner Metallarbeiterstreik Stellung nehmen, müssen ihre Beschlüsse unverzüglich an die Zentralleitung der Berliner Metallarbeiter, Hermann Braun, Berlin, Sirensstraße 37, übermitteln, von wo auch, wenn die Beschlüsse es wünschen, Vertreter der Berliner Streikleitung angefordert werden können, deren Forderungen durch die Beschlüsse auszuführen sind. Außerdem sind die Beschlüsse unbedingt dem „Klassenkampf“ mitzuteilen.

Bergarbeiter, organisiert den Streik!

Mehrarbeitsabkommen für Kali und Brauntoble zum 30. November gekündigt — Nur der Streik für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, gegen die mörderische Nationalisierung kann zum Erfolge führen, und das Leben der Kumpels gegen neuen Massenmord schützen — Nehmt Stellung in den Betrieben

Wählt Delegierte zur Bergarbeiter-Konferenz am 2. November in Halle!

Halle, 27. Oktober.
Die am Sonntag tagende Funktionärskonferenz des reformistischen Bergarbeiterverbandes hat einmütig den Beschluss gefasst, das Mehrarbeitsabkommen für den Brauntoble und Kali-Bergbau zum 30. November zu kündigen. Es ist klar, daß der Beschluss der reformistischen Konferenz nur das Resultat der gewaltigen Mobilisierungsarbeit der A.G.D. in den Betrieben und der ungeheuren Empörung der Bergarbeiter über den dauernden Kumpelmord ist. Eine Empörung, die so gewaltig ist, daß es den Bürokraten ratlos erscheint, den Anschein zu erwecken, als wollten sie einen Kampf führen, um so die Bergarbeiter vom wirklichen Kampf unter Führung der A.G.D. abzuhalten.

Aufruf der Saar-Bergarbeiter

In alle Kameraden in allen deutschen Bergrevieren und im Lothring Kohlenbecken!

Kameraden! Die kapitalistische Nationalisierung, die verschärft die Ausbeutung hat mehr als 100 Kameraden aus anderen Reichen gerufen. In der Notlage, die uns an uns an anderen Reichen gerufen. In der Notlage, die uns an uns an anderen Reichen gerufen. In der Notlage, die uns an uns an anderen Reichen gerufen.

Eine gewaltige Schlagwetterexplosion durch verkehrliche Verantwortlichkeit und Unterlassung aller, auch der primitivsten Sicherheitsmaßnahmen hat in der Grube Maybach die Opfer gefordert. Aus der Abteilung, in deren unmittelbarer Nähe der Explosionsherd liegt, ist von 93 Mann auf der Mittagschicht nicht einer lebend dazugekommen.

Wochen- und monatelang haben die Kumpels in Maybach die Katastrophe kommen. Von der Festleitung wurde die Beseitigung der Gefahr gefordert. Niemand wollte die warnende Stimme hören. Jetzt ist die Katastrophe da und der Mord an unseren Kameraden ist vollendet.

Ansichts unserer toten Kameraden haben wir für Mittwoch, den 29. Oktober 1930, einen einträgigen Proteststreik gegen die kapitalistische Nationalisierung und Bergarbeitermord beschlossen:

Für den Schutz unseres Lebens und unserer Gesundheit, für Erhöhung der Löhne und Einführung der Siebenstundenschicht!

Kameraden in allen deutschen Bergbaurevieren und in Lothringen und französischen Kohlenbecken! Schließt Euch unserem Vorgehen an!

Nach Klein-Kosfeld (Frankreich) folgte Neurde (Deutschland), Calmeil (Saargebiet), Alsdorf, jetzt Grube Maybach (Saargebiet).

Viel hundert Tote in einer Reih!

Kameraden, soll das so weitergehen?

Wir sagen nein, darum kämpfen wir mit uns gegen das Mordsystem!

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Saargebiet Gruppe Bergbau.

Jeder denkende Arbeiter versteht, daß die Ausbeuter heute, wo sie im ganzen Reich den Lohnabbau als einzigen kapitalistischen Ausweg aus der Krise fordern, wo in Berlin ein gewaltiger Kampf gegen die Lohnräuber geführt wird,

nicht daran denken werden, einer Arbeitszeitverkürzung zuzustimmen, und schon gar nicht dann, wenn die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnvermehrung erfolgt.

Und jeder Bergarbeiter weiß sehr gut, daß die heutigen Hungerlöhne so entsetzlich sind, daß

eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnvermehrung untragbar ist.

Die Reformisten, die in Berlin und in Leuna eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich vorgeschlagen, stehen freilich nicht auf diesem Standpunkt. Aber die Bergarbeiter verstehen, daß Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich keine wirkliche Hilfe für die Erwerbslosen, sondern nur geteilte Hegearbeit, dauernden Gebirgsabbau und Kumpelmord zur Folge haben würde.

Es gilt also, für die Forderungen der Bergarbeiter, darunter vor allen Dingen die nach Siebenstundenschicht über, Achtstundenschicht unter Tage, nach Schutz gegen die das Leben der Bergarbeiter bedrohende kapitalistische Nationalisierung den Streik zu organisieren und damit nicht bis zum 30. November zu warten, sondern rasch zu handeln, solange durch den Berliner Metallarbeiterstreik die Ausbeuterklasse aus schwerer getroffen ist, ein Streik der mitteldeutschen Bergarbeiter die schwerwiegendsten politischen Auswirkungen haben muß.

Es gilt, gleichzeitig mit dem Kampf der Braunkohlens- und Kaliarbeiter den Streik der Mansfeld-Kumpels, der Kupferarbeiter um Arbeitszeitverkürzung und Zuhilfenahme des gerade besten Lohnes zu organisieren.

Die Mansfelder haben kein Interesse daran, darauf zu warten, daß sie am 1. Januar nach Abbau der Staatssubventionen für sich allein durch neuen Lohnraub zum Streik gezwungen

Erst schlagende Wetter, dann blaue Bohnen! Streik gegen Wahrungelung roter Funktionäre!

(Eig. Bericht.) Aachen, 28. Oktober.

Auf der Zeche Carolus Magnus hatte die Belegschaft, so wie aus den anderen Wurmreviergruben, am Sonntag den Geburtstag des in Aachen gemordeten Kumpels die Arbeit niedergelegt. Die Gewerkschaft hatte die Unversichtlichkeit, diese Maßnahme als „ultralen Streik“ zu kennzeichnen und entließ drei oppositionelle Betriebsräte. Die Belegschaft verlangte geschlossen deren Wiedereinstellung. Auf Aufforderung der Belegschaft erschienen die Entlassenen beim Schlichtungsausschuss in der Wälschens- und hielten zu den Kameraden. Darauf rief die Direktion nach der Gewerkschaft-Polizei, die gewalttätig die Betriebsräte aus dem Berg zu entfernen suchte, auf die Arbeiter Bistolenhülle abgab und einen Kumpel durch Bauhufschuh schwer verletzte. Die Belegschaft trat sofort in den Streik — die Gewerkschaft-Polizei hat die Tagelöhner besetzt.

Auch auf der Grube Karl Alexander in Eisenerz streifen die Arbeiter gegen die aus dem gleichen Grunde wie in Carolus Magnus erfolgte Entlassung ihrer A.G.D.-Funktionäre. Kumpels von Grube Clara, folgt diesem Beispiel.

Streitabwürgungsverhandlungen

(Eig. Bericht.) Berlin, 28. Oktober.

Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium ununterbrochen Verhandlungen unter der persönlichen Führung des Zentrumministers Stegerwald statt. An ihnen nahmen auch Industrievertreter aus Westdeutschland sowie führende Mitglieder der sozialdemokratischen Reichsagitation und Gewerkschaften teil. In diesen politischen Verhandlungen wird das verärrliche „Kompromiß“ zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern vorbereitet.

Die „Frankfurter Zeitung“ weiß zu berichten, daß folgende „Basils für den Friedensschluss“ in Vorlaufung bracht wurde:

„Streit-Beendigung. Einleitung eines neuen Schiedsgerichts, dem beide Parteien sich unbedingt unterwerfen. Später Festsetzung der von ihm zu treffenden Regelung.“

Nach diesem Muster hat Severing im Dezember 1929 als Sonderminister den großen Nordmehlkampfabemittelt, nach denselben Methoden soll der Berliner Metallarbeiterkampf abgedreht werden.

Der Streifen über die wachsende Kraft der A.G.D., die in diesem Kampfe zur gewaltigen Massenorganisation der streikenden Metallarbeiter wächst, liegt den Unternehmern und ihrer Diktatur-Regierung ebenso in den Gliedern, wie ihrem Urin. Sie drängen auf rasche Streitbeendigung.

werden, nachdem für ihre Kameraden von Braunkohle und Kahl die Entschädigungen bereits gefallen sind.

Es gilt, unverzüglich den Bergarbeiterstreik auf der ganzen Front im enghen Zusammenhange mit dem Streik der Berliner Metallarbeiter als Gegenangriff gegen das Ausbeuterregime zu organisieren. Dann wird dieser Streik, der ein politischer Streik gegen die Hungerregierung Brünning, die den Rohstoffbau anordnet, sein wird, auf alle deutschen Ausbeuter einen ungeheuren politischen Druck ausüben und günstige Aussichten auf Erfolg haben.

Einen solchen Kampf kann man nicht führen unter Leitung der Reformisten, die Mansfeld verraten haben, gegenwärtig Berlin zu verraten versuchen und die mitteldeutschen Bergarbeiter genau so verraten werden.

Man kann ihn nur führen in enger Einheitsfront der organisierten und unorganisierten Arbeiter unter Leitung der A.G.D., unter Führung selbstgewählter Streikleitungen.

Nehmt unverzüglich in allen Bergbaubetrieben Stellung zum Kampfmord, zur Rückbildung des Mehrheitsabkommens und zur Frage des Streiks als des einzigen wirksamen Mittels zur Beseitigung des Uebermuts der Ausbeuter!

Nehmt, wenn Ihr in den Betrieben der toten Kumpels von Neurode, Alsbach und Marbach geht, in Euren Versammlungen auf Stellung zum Streik der Berliner Metallarbeiter, die allen deutschen Proleten im Kampf gegen die Ausbeuteroffensive vorangehen sind!

Stellt, wenn Ihr Euch im Betriebe während der Arbeitszeit zum Gedächtnis der toten Kumpels versammelt, Eure Kampfparolen, wählt Delegierte zur Bergarbeiterkonferenz der A.G.D. am 2. November in Berlin, die über die nächsten Maßnahmen zur Degenerierung des proletarischen Gegenangriffs beraten wird!

Die Bergarbeiter müssen um ihr Leben kämpfen!

Ein einziger Schrei der Empörung und Erbitterung durchdringt alle Arbeiterquartiere Deutschlands, als am 25. Oktober die furchtbare Nachricht kam, daß im Saargebiet wieder hundert Bergarbeiter dem kapitalistischen Mordsystem zum Opfer fielen. Am Tage der Beerdigung der Alsdorfer Opfer erfolgte die Schlagwetterexplosion auf Jöge Marbach!

Diesmal magte niemand erst abzuwarten, daß es sich um eine Schlagwetterexplosion mit Kohlenstaubentzündung handelt. Die Schuld der Zerschmetterung an dem Verbrechen ist bereits unüberleglich festgestellt.

Die Anlagen zur Abführung der Schlagwetter und zur zulässiger Aufstufung waren absolut ungenügend, ein langer Aufschlag war überhaupt nicht mit solchen sogenannten Bewerksamungen versehen und stand voll schlagender Wetter.

Die Bergarbeiter forderten schon längst eine Änderung dieser unerbörlichen Zustände. Am 11. Oktober hatte sogar bereits eine Ablehnung wegen der Schlagwettergefahr die Arbeit niedergelegt. Die Direktion weigerte sich aber, die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, weil dies Mittel erfordert, die die Kapitalisten (Kapaz., d. h. dem fetten Prolet) einverleiben wollen. Wie auf Anna II wurden auch im Saargebiet die Arbeiter, die sich beschwerten, mit der Entlassung bedroht.

Nachdem die Schlagwetterexplosion erfolgt war, fügte die Zerschmetterung ihren schmerzlichen Verbrechen ein neues hinzu. Sie neigte die Alarm und den Beginn der Rettungsarbeiten um nahezu drei Stunden. Amnestios geschah dies zu dem Verlust, die Schuld an der Katastrophe zu verschleiern. Dieser Versuch mißlingt. Die Bergarbeiter, alle Arbeiter Deutschlands, rufen erneut: Ins Zuchthaus mit den Schuldigen!

Die Bergarbeiter müssen um ihr Leben kämpfen!

Eine solche rasche Aufeinanderfolge von Schlagwetterkatastrophen, wie wir sie erleben, beweist, daß heute in den Kohlengruben schlimmere Zustände eingetreten sind als je, daß dieselbe Schlagwettergefahr wie auf Anna II und Marbach in zahllosen anderen Gruben besteht, daß die Jochherren etwas Steigerung ihrer Profite ein zulässiges Spiel mit den Bergarbeitern treiben.

Wie in allen Industrien, wird im Bergbau bei der Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung ein wahnsinniges Antreibesystem angewandt, das die Gefahren ungeheuer vergrößert.

Es ist die brutale Unternehmung nach Profit, die im Bergbau kaltsüßlich die Arbeiter in das sichere Verderben, in die schlagenden Wetter treibt und die klaffenden Arbeiter, die sich gegen den Arbeitermord zur Wehr setzen, auf die Straße wirft und sie durch Hunger für das kapitalistische Mordsystem gefügig machen will. Das selbe System kapitalistischen Profitstrebens hat die Millionen erwerbslosen Arbeiter auf dem Gewissen. Gegen dieses System stehen die Berliner Metallarbeiter im Kampf. Auch sie kämpfen um ihr Leben.

Die Toten von Neurode, Anna 2 und Grube Marbach ragen an!

Das System, das durch die Brüning-Regierung zum obersten Gesetz dieser kapitalistischen Ausbeuterrepublik erhoben wurde, besteht in der ganzen kapitalistischen Welt. Die französischen Ausbeuter der Saarbergarbeiter sind nicht weniger roh und gehen nicht weniger elegant über die Leichen der Bergarbeiter, wie die Thyssen, Kiskander & Co. Dieses Ausbeuterpad findet die Unterstützung der Sozialdemokratie, deren Führer erst am 18. Oktober sich wieder rettend vor die Ausbeuterdictatur stellen und die jetzt der Bourgeoisie den „bewährten“ Severing, der die Bergarbeiter des Ruhrgebietes zu Tausenden erschlagen ließ, zur hitzigen Unterdrückung der Arbeiter zur Verfügung gestellt haben. Die Parlamentarier, deren Aufgabe die Wahrung der Lebensrechte der Bergarbeiter sein sollte, verhöhnen dieses Mordsystem, indem sie vor den frischen Grabschillingen in Neurode falschschmeißig und nicht weniger roh als die Grubenherren sagten: Kohle wird immer unter Opfern von Menschenleben gefördert werden!

Und wie die Parlamentarier, so sind die Brandes, Urich und Co. bereit, die kämpfenden Berliner Metallarbeiter, die Millionen Erwerbslosen, den Profitinteressen der Kapitalisten zu opfern.

Dagegen muß sich eine mächtige Einheitsfront des Kampfes aller Arbeiter zur Wehr setzen. Zu dem Kampf stehenden Metallarbeitern in Berlin müssen die Bergarbeiter folgen.

Der Massenmord auf Anna II und Marbach muß für die Bergarbeiter ein Wendepunkt werden. Die Bergarbeiter dürfen nicht länger dulden, daß die Zerschmetterungen mit ihrem Leben ein freies Spiel treiben. Unter Führung der Kommunistischen

Otto Braun fordert Lohnraub und Zwangsarbeit

40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, Schulzeitverlängerung, Arbeitsdienpflicht der Jugendlichen bei den Junkern

Der „Amtliche Preussische Pressebericht“ veröffentlicht — wie wir bereits meldeten — längere Ausführungen über Vorschläge, die die Preußenregierung an die Brüning-Regierung überreicht hat. Die Vorschläge, die keine wörtliche Wiedergabe der preussischen Vorschläge enthalten, enthalten ein schicksaliges Kinderprogramm. Es enthält vier Vorschläge.

1. „Auf dem einen oder anderen Wirtschaftsgesetz eine vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Schädigung der gesamten wirtschaftlichen Interessen. Entlassungen sollen so lange nicht stattfinden dürfen, als die Arbeitszeit noch mindestens 40 Stunden in einem 3 Tagesfristigen Beschäftigung sinden kann.“

Somit Arbeitszeitverlängerung erfolgt, sollte sie ohne Lohnausgleich geschehen. Bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden

2. „Eine vorübergehende Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr. Für die Randbevölkerung soll diese Regelung nicht gelten.“

Die preussische Regierung erklärt, daß dadurch 250 000 Jugendlichen weniger auf dem Arbeitsmarkt erscheinen würden. Das ist ein planmäßiger Kapitalraub. Die 250 000 Jungproleten haben damit mehr Arbeit nach Brot bekommen, nur daß sie in den Arbeitslosenlisten nicht registriert werden, daß die proletarischen Eltern noch mit dem Unterhalt und den üblichen Schulausgaben der erwachsenen Kinder belastet werden. Die Frage der Verlängerung der Schulzeit ist eine Frage der Stützung der Eltern der proletarischen Schüler. Aber diese Frage existiert für die sozialdemokratische Preußenregierung nicht.

3. „Unter Bezugnahme auf den Vorschlag der Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht für Jugendliche ist die Preußenregierung bereit, nach dem Verbot der Beschäftigung ausbeuterischer Kinderbetriebe, erlassen werden soll. Dafür sollen zwangsweise „berufswidrige Arbeitskräfte, namentlich Jugendliche“, den Großgrundbesitzern als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.“

Die unzureichenden Arbeitsbedingungen für die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, die es bisher dem deutschen Arbeiter unmöglich machten, Erwerbsarbeit auf deutschen Gütern anzunehmen, werden natürlich durch die zwangsweise Umweisung von Erwerbslosen noch mehr verschlimmert werden.

4. „Die Durchführung eines auf drei Jahre berechneten Meliorationsprogramms, die Zerkleinerung von Sumpfen durch das jährlich 78 000 Arbeiter beschäftigt werden sollen.“

Die preussische Regierung berechnet, daß für diese 78 000 Arbeiter 94,5 Millionen Reichsmark für 2 1/2 Jahre ausgegeben werden sollen. Das ergibt durchschnittlich 1200 Mark Lohn pro Kopf oder knapp 20 Mark Wochenlohn. In Wirklichkeit sollen aber die Löhne noch wesentlich geringer sein, denn in den 94,5 Millionen sind einmal auch die Löhne für die Beschäftigten aufgeführt, die während der Ausführung des Programms anfallen. Die zwangsweise in die Sumpfe geschickten Arbeiter sollen also eine wüstenhafte Entlohnung erhalten, die bestimmt niedriger ist als der niedrige Satz der Erwerbslosenunterstützung.

Die Durchführung dieses Programms verringert die Meliorationsvermögenslosigkeit nicht. Jede Entlohnung von Arbeitern, die die Arbeiterbewegung zu weitläufig durchgeschüttelt hätten, wird als eine Erfüllung dieses Programms betrachtet werden.

Die Verlängerung der Schulzeit fällt nicht nur der Arbeitslosenstatistik durch den zwangsweisen Abrücken von den Arbeitslosen zu den Großgrundbesitzern können höchstens 100 000 Erwerbslose, die auch nur in den Zeiten der landwirtschaftlichen Saisonarbeiten, von den Arbeitslosen registriert werden und in ein unrentables Elendverloren getrachtet werden.

All der in den Sumpfen Beschäftigten werden insgesamt höchstens 100 000 Arbeiter aus den verheerenden Folgen der Erwerbslosigkeit ausgegliedert. Das ist ungehörig die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland innerhalb eines Monats.

Das Programm der Preußenregierung ist also ein ungeheurer volkswirtschaftlicher Verriß. Dieses Programm des Sozialdemokraten Braun ist die direkte Fortsetzung des Verfalls vom 18. Oktober. Was wir sofort feststellen, daß der 18. Oktober den Aufbau der kapitalistischen Diktatur durch die Sozialdemokraten diente, die Regierung Braun bewies es jetzt. Gegen dieses Programm gibt es nur eins:

Unerbittlichen Kampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Bürgerblut, SPD. u. Nazis befruchten den Terror gegen A.D.-Stadtträte in Halle

In der gestern in Halle stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde von der kommunistischen Fraktion folgender Dringlichkeitsantrag gegen die Umstufung der kommunalistischen Stadtträte eingereicht:

Die Stadtverordnetenversammlung Halle erhebt schärfsten Protest gegen die durch sozialdemokratische Regierungsbeamte erfolgte Umstufung der kommunalistischen Stadtträte Otto Härtel, Otto Stang und Arno Schab. Genoss Härtel protestiert erhebt die Stadtverordnetenversammlung gegen den bekannten Xantener Erlass der preussischen Regierung, der den Beamten die Angehörigkeit zur SPD. verbietet und stattdessen die Aufhebung des auf dem Papier der Weimarer Verfassung festgelegten Koalitionsrechtes bedeutet. Die Umstufung der hallischen Stadtträte ist eine Folge dieses Erlasses. Als besondere Begründung für die erfolgte Maßregelung wird außerdem die Weigerung der kommunalistischen Stadtträte angegeben, die auf Grund des Mittels 48 der Verfassung diktatorisch erlassenen Steuererhöhungen durchzuführen. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt in der Umstufung einen Bruch der in der Weimarer Verfassung niedergelegten Beamtenrechte und die Ausschüttung des Willensanstandes der kommunalistischen Wählermassen als breiterer Teile der hallischen Bevölkerung. Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb die Rückgängigmachung der Umstufungen und die Einstellung der Disziplinarverfahren gegen die kommunalistischen Stadtträte.

Dieser Antrag wurde von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der SPD. und den Nazis abgelehnt. Die Sozialdemokraten hielten es während der Begründung des Antrages durch die Kommunisten nicht einmal für notwendig, an der Sitzung teilzunehmen. So unterstützt die Einheitsfront von der SPD. bis zu den Nazis den Terror der sozialdemokratischen Regierungsmänner gegen die kommunalistischen Kommunalfunktionäre.

den bedeutet das einen Lohnraub von mehr als 16 Prozent. Durch die Formulierung „ohne Schädigung der gesamten wirtschaftlichen Interessen“ werden die Unternehmer ermuntert, mit der Begründung, die Verlängerung der Arbeitszeit vermehre die Untoten, einen noch weitergehenden direkten Ausbau der Löhne vorzunehmen. Die Preußenregierung fordert keine generelle Herabsetzung der Arbeitszeit, sondern gibt den Industriellen die Möglichkeit, jede Arbeitszeitverlängerung unter dem Vorwand „gesamtwirtschaftlicher Interessen“ zu verweigern.

Gleisbahner Deutschlands für die streikenden Metallarbeiter

(Eig. Bericht.) Leipzig, 27. Oktober.

Am 25. und 26. Oktober tagte in Leipzig eine Reichskonferenz der revolutionären Gleisbahner Deutschlands, welche zu dem Kampfe der Berliner Metallarbeiter Stellung nahm.

In einem Telegramm begrüßten die Gleisbahner den heldenhaften Kampf, sprachen den streikenden Metallarbeitern ihre Verbundenheit aus und gelobten durch sofortige Durchführung von Versammlungen in den Betrieben den streikenden Metallarbeitern zu helfen.

Eine auf der Konferenz für die streikenden durchgeführte Geldsammlung erbrachte einen Betrag von 40,50 Mark.

Partei und der A.G.D. müssen sie sich gegen das Mordsystem zur Wehr setzen.

Wo die Bergarbeiter in einer Grube Mängel in den Sicherheitsmaßnahmen feststellten, wo sie Gefahren spürten, wo sie durch Anstreiber zur Vernachlässigung der notwendigen Vorsicht gezwungen werden,

müssen sie durch geschlossene Arbeitsniederlegung die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen erzwingen.

In einem Kampf um ihr Leben haben die Bergarbeiter die Sympathie und die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse auf ihrer Seite. Entschlossen müssen die Bergarbeiter den Kampf um die Forderungen führen, die in allen Revieren von ihnen aufgestellt worden sind, vor allem um die sofortige

Stellungnahme mit vollem Lohnausgleich, mit dem Ziel der schlußfinalen Schluß, der Erhöhung der Löhne, für die Wahl der Mitglieder der Sicherheitskommissionen aus den Reihen der Bergarbeiter selbst.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben am Tage der Beerdigung der Alsdorfer Opfer einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik durchgeführt. Die Saarbergarbeiter haben den Proteststreik beschlossen und führen wichtige Demonstrationen und Kundgebungen auf der Straße durch. Die Bergarbeiter aller Reviere müssen ebenfalls den aktiven Kampf des Mordsystems führen. Die gesamte Arbeiterkraft steht in diesem Kampfe mit den Bergarbeitern Schulter an Schulter.

Heraus gegen das Mordsystem!

Reklamiert Euch am Tage der Bekehrung der Opfer in den Betrieben!

Stellt Kampfparolen. Wählt Delegierte zur Bergarbeiterkonferenz in Halle!

Sternwolle-Textiler im Streit

(Eig. Bericht.) Hamburg, 27. Oktober.

Nach den Betriebsverfassungen, die die A.G.D. für die Gesamtbelegschaft der Sternwolle-Spinnerei Bahrenfeld einberufen hat, beschloß die Gesamtbelegschaft, den in einzelnen Abteilungen ausgebrochenen Streik auf den gesamten Betrieb auszudehnen. Dieser Beschluß wurde konsequent durchgeführt. Nur einige Meister und Vorarbeiter arbeiten, wobei behütet von der sozialdemokratischen Egerstedt-Polizei, noch im Betrieb. Die Mehrzahl der Streikenden sind Frauen und Mädchen. Die Sternwolle-Fabrikanten erklärten den Streik für nur in einer Verarmung, die nur von einem geringen Teil der Belegschaft bestritten wird, im Gegensatz zu den A.G.D.-Verfassungen, die weit über tausend Teilnehmer aufweisen.

Er mußte vor den empörten Mitgliedern des D.A.B. die Kluft ergreifen.

Die A.G.D. wird sofort mit den anderen Betrieben des Nordmollkongresses in Hamburg als auch in den einzelnen Textilbetrieben Deutschlands in Verbindung treten, um den Kampf auf den ganzen Nordmollkongress auszudehnen.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ verboten Sozialdemokratischer Polizeipräsident schlägt Nazi-Terror

(Eig. Draht.) Leipzig, 28. Oktober.

Der bezichtigte Leipziger Polizeipräsident Fiehn hat gestern unter Verurteilung, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ auf Grund des Reichsverfassungsgesetzes für die Dauer von 14 Tagen, vom 28. Oktober bis 10. November, verboten. Wie lag zu diesem Verbot deren Artikel, die gegen die nationalsozialistischen Nordbänder Stellung nahmen.

Rudolf Margies freigelassen

(Eig. Draht.) Bismarck, 27. Oktober.

Gestern wurde unter Genosse Rudolf Margies nach einer mehr als siebenjährigen Kerkerzeit aus dem Bismarcker Zentralgefängnis entlassen. Er, dessen Kopf zweimal vom Staatsanwalt gefordert wurde, den die Bourgeoisie aus tiefer Verachtung hat, kommt als aufrechter und kampfbereiter revolutionärer Kämpfer in den Reihen des Proletariats zurück. Die Kruallitäten der Klassenjustiz konnten seinen harten Willen und seine tiefe Überzeugung für den Kampf der unterdrückten Massen zur Befreiung vom Kapitalismus nicht brechen.

„Widerfönnig und verbrecherisch“

Sozialdemokraten miffen die Dumpinghege gegen die Sowjetunion anprangern

Wien, 27. Oktober. Das Zentralorgan der lettischen Sozialdemokratie, „Sozialdemokrata“, fchreibt in einem Artikel fiber die fowjetruiffche Ausfuhr:

„Die Sowjetunion treibt auf dem lettischen Markt kein Dumping. Der Anteil der Sowjetunion an unferer Einfuhr betrögt 4 bis 5 Prozent, wobei die Sowjetunion nur fofche Waren einföhrt, an die Lettland nicht erzeugt werden. Es kann daher keine Rede davon fein, daß die Sowjetunion unfer Wirtschaft durch Dumping desorganisiert. In jenen Branchen, in denen die Sowjetunion diefelben Waren wie die wefteuropäifchen Länder verkauft, find die Preife des Sowjethandels nicht niedriger als die Preife anderer Staaten.

Dabei ift zu bemerken, daß Polen, das nach Lettland Petroleum ausföhrt, Dumping treibt, indem es fein Petroleum in Lettland zum Preife von 11 Lat 30 Centimes für 100 Litrogramm abföhrt, während das Petroleum in Polen für 28 Lat 20 Centimes zum Verkauf gelangt. Das gleiche gilt für den nach Lettland eingeföhrt polnifchen Jemnt.

Finland verkauft auf dem lettischen Markt feine Stoffe 15 bis 20 Prozent billiger als auf dem einheimifchen Markt. Das fchifflosmäßige Schiefer wird bei uns in Lettland 17 Prozent billiger verkauft als in der fchifflosmäßigen.

Dumping treibt unter anderen Nachbarn, aber nicht die Sowjetunion. Alle Sünden werden der Sowjetunion zugeschrieben. Damit wird lediglich der Zweck verfolgt, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion zu verhindern. Vom Gefichtspunkt der Interessen des lettischen Volkes ift eine fofche Politik widerfönnig und verbrecherifch.“

Brüssel, 27. Oktober. Die Gewerkschaften der Belgier und Angelfachen in Belgien haben in einem Telegramm an die Regierung gegen das Betreiben der belgischen Regierung, das die Einfuhr aus der Sowjetunion nach Belgien bedeutend einfchränkt.

Zehntaufend Arbeitslofe für das Programm der K.P. d. U.S.S.R.

Wien, 27. Oktober. 10.000 Arbeitslofe verfanmeltet fih trotz Berbes auf dem Marktplatz von Detsch, wo fih den Entwurf eines Gesetzes zur Arbeitslofenunterföhung, das von der K.P. der U.S.S.R. ausgearbeitet wurde und propogiert wird, gutfinden und einen Ausfchuf wählen, dem auch Kogel angehört, welcher die weitere Föhung dieser Kampagne leitet.

Anföhend an die Ausdehnung demonftrierten die Arbeitslofen zum Rathaus; der Ausfchuf, der fofeben gewöhlt worden war, feug dem Bürgermeifter die dort enthaltenen Forderungen vor.

Die von Hoover zur Löfung des Arbeitslofenproblems gemachten Vorföhle, die die Wiedereinföhung der Arbeitslofen durch die Herabföhung der Arbeitslofe und Arbeiter unterföhung abgelehnt, weil in diefen Vorföhle mit größter Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, daß die Löfung der Arife auf Kosten der Arbeiter vorgenommen werden foll.

Der Leiter des Wohlfahrtsamtes von Chicago läßt verfehen, daß er mit dem fowjetruiffchen K.P. in feiner 1936 rechnet.

Der Vorfeher des New Yorker Arbeitslofenamtes bezeichne die Zahl der Arbeitslofen in New York mit 800.000.

Im Staate New South Wales (Australien) hat der linke Flügel der Sozialdemokraten einen Wahlfieg erungen. Er wird in einem Parlament von neunzig Mitgliedern eine Mehrheit von achtzig Stimmen haben, während er im vorigen Parlament mit fechs Stimmen in der Minderheit war.



(Eckdruck) des Internationalen Arbeiter-Berlins, Berlin.)

24. Fortföhung.
„Arbeiten foflt du lieber gehen! Die Klagen gehen nach! Nichts zu freffen haben wir!“
„Die Genoffen in der Regierung klagen nicht darüber. Sie werden fott! Sie brauchen nicht auch nicht zu freffen! Aber wir find nur Proleten!“ erwiderte er und pufte das Gewehr fertig. Sie konnte fih nicht beruhigen, weinte und fchimpfte. Sie konnte es fih nicht erklären, was ihren Mann zu der Wandlung bemogen hatte. Sie glaubte, es fei eine Laune, und verfuhte, fih damit zu beruhigen. Dann aber wieder, wenn fe aneinander gerieten, merkte fe, daß er diesmal nicht der alte, geduldige, nachgiebige Mensch war. Der unterdrückte Prolet war in ihm erwacht. „Wo, du rennst bewußt in dein Unheil!“ fagte fe milde.
„Es ift der einzig richtige Weg!“ erwiderte er feft. „Ich gebe nur den Weg, den einmal unfer Partei aus fih den richtigen fteht.“

15.
Die Wandlung in der Wandlung föhlg fehenmal. Die Berfchleierten waren feif und tommat von dem Stechen und „Mufdie-Wandfieren“. Es war eine furchtbare Nacht. Dieses Hinhören nach der Stadt, dieses Warten auf den Schuf, von dem ihr Leben abhing! Wenn die Qual noch länger fo anhieft, müßte man wahnsinnig werden. Gefchlagen wurden fe nicht mehr. Man brauchte fe ja auch nicht zu fchlagen, das Warten war entfehrlicher als alle Schläge. Es ging ja um Leben und Tod

Dreiföhndiger Straßentampf in Bombay

Macdonalds Polizeifofaten zurücdgedrängt — Heldenmut indischer Arbeiterinnen

Bombay, 27. Oktober. Geftern bewegte fih eine unüberfchbare Menfchennenge zum Zentral-Maidan, einem großen Platz in Bombay, wo eine genalige Rundgebung gegen den englifchen Imperialismus fteht. Als die Polizei in außerordentlich großer Anzahl propogierte, forderten die nationaliftifchen Föhler die Menge zur Räumung des Platzes auf. Die Massen wandten fih jedoch geföhloffen gegen die Polizei, die nach bürgerlichen Berichten „den Demonftranten gegenüber vollkommen zur Ohnmacht verurteilt war“. Es grifferte eine fofche Steinbombardement auf die Macdonald-Soldaten nieder, daß fe ihre Waffen nicht gebrauchen konnten. Am aktiofen zeigten fih die indifchen Arbeiterinnen.

In den Nebenstraßen wüteten die Polizeifofaten erformungslos. Mehr als 250 Personen, viele Frauen und Jungenkinder,

wurden verwundet, darunter 50 Frauen.
Als die Massen vom Maidan-Platz zurücdströmten, kam es abermals zu heftigen Zusammenföhungen. Die Streikenden kämpften inoffenbar drei Stunden an.
In Momening in Bombay wurden 64 Personen zu Gefängnis von zwei bis 24 Monaten verurteilt.

Serbifche Matrofen meutern

Belgrad, 27. Oktober. Die Mannschaft des dem fchwedifchen Hoch gehörenden Dampfers „Njega“, der fih zur Zeit in indifchen Gewässern befindet, ift in den Streik getreten und weigert fih, das Schiff nach Spalato zurückzubringen. Die Mannschaft fordert eine Lohnaufbesserung von 100 Prozent.
In Delfa (Sowjetunion) wurde eine Universität für die kollektivwirtschaftlichen Wiffenfchaften eröffnet.

Partei der Saboteure ausgehoben

Das fiegreiche Proletariat duldet kein Sabotage am fozialiftifchen Aufbau Eine Milliarde Rubel für den Industrieaufbau drei Monaten

Moskau, 27. Oktober. Die Staatliche Politifche Verwaltung hat wie die Telegrammen-Agentur der Sowjetunion meldet, eine gegenrevolutionäre Geheimorganisation aufgeföhnt, die fih vornehmlich aus Ingenieuren zufammensetzte und die Bezeichnung „Induftrierpartei“ führte. Diese Organisation erftrebte, fo heißt es in der Aufhebung weiter, eine künstliche Erzeugung einer Arife durch fchädigende Taten an allen Wirtschaftsbereichen, wobei die Arife im Augenblick eine ausländifchen Intervention zum Ausdruck gelangen fofte.

Diese Organisation fand mit der Emigrantenzentrale in Paris, die fih „Panels- und Induftriefomitee“ nennt (Benifon Sufanoff, Pavel Morofoff u. a.) in Verbindung und erhielt von ihr Weifungen. Die führenden Mitglieder der „Induftrierpartei“: Kamlin, Larifchiff, Bedotoff, Tichonowff, Kuprianoff, Salnikoff u. a. wurden verhaftet. Sie haben über die Tätigkeit der Organisation in der Sowjetunion und in Paris ein Gefändnis abgelegt. Die Angelegenheit ift dem Oberften Gerichtshof überwiefen worden und wird in nächfter Zeit zur Verhandlung kommen.

Moskau, 27. Oktober. Die Sowjetregierung hat für den Industrieaufbau in den letzten Quartalen des laufenden Jahres, dem „besonderen Berichtszeitraum“ nach der Umfteilung des Wirtschaftsjahres auf das Kalenderjahr, 955 Millionen Rubel bemilligt. Außerdem wurde ein besondere Reservebetrag in Höhe von 100 Millionen Rubel vorgefehen, der auf besondere Verfüzung des Rates der Volkskommissare zur Verwendung gelangen foll.
Von dem gesamten Betrag, der für den Industrieaufbau bereitgeföhlt wurde, find für die Schwerinduftrie 865,4 Millionen Rubel bemilligt. Der Oberfte Volkswirtschaftsrat betont, daß im Laufe dieses Quartals die völlige Liquidierung famflicher Verbrechen bei der Ausführung des Jahresplans und eine Bemilligung der Bauarbeiten um 8 Prozent erzielt werden muß.

Massenbefuch der Wählerfammlungen der K.P. Oesterreichs

Wien, 27. Oktober. In mehreren Arbeiterbezirken Wiens fanden fofche Propagandamäffe statt. Überall wurden diefe Tage von der Arbeiterbewegung mit größter Begeiferung begrüßt. Inoffondere beglöhnt in Favoriten die Arbeiter auch aus den Feiern durch Zurufe den kommunistifchen Propagandazug.

An anderen Stellen fanden fofche Versammlungen unter freiem Himmel statt, wo überall viele hunderte von Arbeitern fih fammelten und den Parteen der kommunistifchen Arbeiter zujubelten. Auch aus der Provinz kamen Berichte über Massenbefuch in allen kommunistifchen Wählerfammlungen.

Der Polizeieros gegen die Propaganda der kommunistifchen Partei wächft. Heute wurde eine Wahlföhüre an die fozialdemokratischen Arbeiter, in der Anfrage gegen die veräterifche Politik der österreichifchen fozialdemokratischen Föhler erhoben wird, befragt. Gegen den Verantwortlichen dieser Föhüre, den kommunistifchen Kandidaten Bauandteier

Barret, hat der Staatsanwalt wegen Hochverrats einen Haftbefehl erlassen.

Ein alter Bolifchewit tot

Genoffe Polesjew geforben

Moskau, 25. Oktober. Nach langer Krankheit ift ein alter Bolifchewit, der Metallarbeiter Polesjew, geforben.
Von den Petrograder Arbeitern während des Fasismus in die 3. Duma gewöhlt, war Polesjew wort der Föhler der bolifchewifchen Fraktion. Besonders groß waren die Verdienfte Polesjews um die Schöpfung der bolifchewifchen Arbeiterpreffe nach während der Jarogewit. Unter feiner aktiven Mitarbeit wurden die Zeitungen „Sowjet“ und „Pravda“ gefchaffen und herausgegeben, die bei der Vorbereitung der Oktoberrevolution eine fo bedeutende Rolle fpielten.

Ein franzöhliches Militär-Fingergewehrwader mit General Armeegrad und fechs höherten Offizieren traf in Wabris ein, wo fih bekanntlich der franzöhliche Kriegsminifter bereits aufhält.

Franz Kreuzat verdröte der Speidel im Munde. Er glaubte oft, zu erfticken. Und die Jungel Bewegung er fe, war der wütende Schmerz wieder da. „Nur einen Tropfen Wasser.“ Der Wunsch quälte ihn feft Stunden.

Auch die anderen Gefangenen plagte der Durft. Franz hörte den Karl Pomodny fprechen. „Ich erfticke!“ flüfterte er heiser. Karl Pomodny hatte einmal einen der Grünen um Wasser gebeten. „Das gibt es nicht!“ fagte der, „Wasser kriegt ihr nur, wenn du lagst, was ihr die Nacht vorhatte!“ Karl Pomodny verzögerte auf das Wasser. „Dann kriepere ich eher“, fagte er. „Aber feinen Genoffen mehr in eure Klauen!“

Wahler buffete trocken. Er hätte neugierig zu den anderen hin. „Eine Ewigkeit dauert’s! Ich falle bald um — verflucht!“ Es durfte nur geflüftert werden. Die Grünen pöften trotz ihrer Schlöfrigkeit auf. Der Karl taumelte im Halbfinf wie ein Vogel hin und her. Der Schwarze mühte fih, nicht unzufallen. Auch der fechte, der Junge, föhgte.

Es war ein fchmales, blaßes Lehnhauer von Jollereim. Die Grubenluft hatte schon die Farbe der Jugend aus feinem Geficht gefogen. Nun sah es fof grünlich aus. In den müden, troftlofen Augen, die fih jammeln hilflos dem Schwarzen zuwandten brannte Föhler.

Einer von den Grünen gähnte trögend und machte ißendblenden auf. Grautrübes Licht froh in den bunftigen Kar. Der falte Luftzug berührte die brennenden Gefichter, föhfte aufgefchlagene Wunden. Der Morgen ermedte fe aus der Hartung.

„Es ift Tag!“ — flüfterte Karl Pomodny. „Was kommt?“
„Ja, was?“ — ging es durch die Gedanken der Wartenden.
„Na, ausgefchlafen?“ — Ein Stoß in Franzens Rücken. Er fchraf auf. Dann lag es feif in feinen Kopf. „Dank!“

„Recht!“ Sie drachten fih lächerlich herum. Jollereim: da ihre Augen das plöfliche Licht nicht vertragen konnten. An der Britifche stöhnten fe die verflochtenen Grünen. Sie gähnten und lachen feindselig nach den Gefangenen hinüber.

„Negen euch, ihr Schwärze, muß man fih hier herumdrücken!“
„Wartet!“ fagte einer. Sie foften feftes Wasser herein und tranken. Das Wasser föh ihnen die Mundwinkel feif, tropfte auf den fchmutzigen Fußboden. Franz hätte gern die Tropfen aufgefogen, die da berabföfen.

„Kann ich einen Schlud bekommen?“ Er flottete. Die Junge fteht an. Er hätte aufbrüllen mögen vor Schmerz, fo weh tat ihm die.

„In die Fresse tannte eins kriegen!“ fagte der Grüne, der zuletzt getrunken hatte.

„Na, gib ihm noch was!“ fagte ein anderer, der nicht fo roh zu fein fahen. Franz sah hin. Ein feines, falt müdendes helles Geficht. In den Augen des Politiften lag etwas wie Mitleid. Er griff nach dem Krug.

„Nein!“ fchnauzte der erste. „Sie wollen reben, was fe die Nacht wollten!“ Er entriß ihm den Krug und fteifte ihn wieder fort. Der junge Politifst zuckte mit den Schultern und machte den Gefangenen eine verflohtene Gebärde, es fofte wohl heißen: „Ich trage keine Schuld.“ Dann ging er hinaus.

Der Wahhabende sah nach dem Schwarzen hin. Der war einen Schein blaßer, doch nach ebenfo ruhig wie vor Stunden.
„Noch immer nicht überlegt?“ — fragte der Grüne.

„Ich habe nichts zu überlegen!“ erwiderte der Schwarze. „Sie können dabun frei kommen!“
Am den Mund des Schwarzen hufchte ein fpeitöhliches Lachen. „Mit Speck fängt man Mäufe!“

„Hat feinen Zweck!“ brumnte ein anderer Grüner. „Wenn e das Maul nicht aufmachen, kriegen Sie eine Gebotz!“
„Dann müßt ihr euch beifen, daß euch nicht oft im Felde, in der erftung geführten Offensiven gewinnst, als er hoffnungslos inmitten der zerriffenen toten und abgehenden, fterbenden Soldaten lag?“ Als die Schlingengartengewissen wimmerten: — Gasalarm! — Und er mit feinen unbändigen Wafte an den Leifchen herumtröck, um eine gute zu finden? — Wenn ihm der Gef vor dem Verhängnis die Gebärde umdreht!



Einmütiges Vertrauen und mutige Erfolgschance der

RGD-Führung im Zahnaer Chamottearbeiterstreit

U.A. Das ist eine Tatsache, von der sich ein jeder, der sich unter den Streikenden bewegt, sofort überzeugen kann. Das kameradschaftliche Kampfbewußtsein umschließt Belegschaft und RGD mit so engem Kontakt, daß selbst der Gewerkschaftsbesitzer Zweifel, obwohl er nachträglich unter dem Massendruck den Streik antwortete, nicht magt, der RGD-Streikleitung eine eigene entgegenzusetzen.

In der vollständigen Belegschaftserklärung am Freitag erhielt dieser würdige Vertreter der reformistischen Gewerkschaftsfraktion ein vernünftiges Urteil für seinen Verrat, während die RGD, den Triumph des Massenkampfes genoss, dargebracht von einer wirklichen proletarischen Einheitsfront. Eine proletarische Einheitsfront im wahren Sinne des Wortes liegt unter Führung der RGD. Jeder gewerkschaftliche Jugendgeist nach sind es freigezwungene, christliche, RGD und unorganisierte Kollegen und Kolleginnen. Politisch gehören sie zur SPD, zu den Nazis, zur RGD, oder sind parteilos. Sie sehen sich auch die Streikleitung an. Sowohl der reformistische wie der christliche Besatz, welche ihren Besuch abwarten, vermögen nichts an dieser Einheitsfront zu ändern. In der Belegschaft lang freilich keine verlorene Korbelle von der Sanftmütigkeit und der Zurückhaltung der „hohen“ Unterführungen, die allerdings gegen die runde Million, welche die Gewerkschaftsfraktion zur Reichstagswahl der SPD zum Geschenk machte, elend verblieben. Die Absicht dabei war, die Belegschaft in organisierte und unorganisierte zu spalten. Die Letzteren erteilen ihm die freigezwungene organisierten Kollegen selbst, indem sie den Streik halten.

Die alte Streikleitung selbst bestehen, die RGD hat das Bestehen.

Stimmlos wurde von unseren Genossen — obwohl das schon tags zuvor gründlich geschehen war — das nochmalige Urabstimmungsmandat als ein inamer Dolchstoß der Gewerkschaftsfraktion gegen die geschlossene Streikfront gebremst. In dieser Brandmarke ändert auch das verheerende Abstimmungsresultat nichts. Dieses war nur der Ausdruck des in einem Tage Kampf unter strenger Führung gemachten Kampfbewußtseins der Belegschaft. Wenn die Gewerkschaftsfraktion von vornherein gewillt gewesen wäre, den Streik zu unterstützen, dann konnten die Verzögerungen und Statuten über die 18 fehlenden Stimmen kein Hindernis sein, das sofort zu tun. Das Schicksal der Belegschaft steht höher als die Gewerkschaftsfraktion. Mit großem Ernst und allgemeiner Zustimmung quittieren die Kollegen und Kolleginnen diese Entwarnung der verlogenen Gewerkschaftsfraktion.

Die alte Streikleitung wurde um fast das Doppelte ergänzt, das war das Fazit einseitigen Willens und geschlossenen Handelns. Für jeden war es eine Selbstverständlichkeit, daß der Streik der Chamottebelegschaft in den Ring der Vorkampfgesichte der sich anbahnenden großen Massenstreiks gegen die Unternehmerrückständigkeit, gegen die Fesseln des unerfüllten Lohnes, gegen die politischen Fesseln überdauern gehört und daß selbstverständlich eine solche politische Verbindung notwendig ist. Die Zahnaer Chamottearbeiter

Des Kumpels Schicksal

In Alsdorf 262 Tote — auf Michel-Großtanna 300 entlassen!

Organisiert den Kampf gegen Unternehmerrückständigkeit

U.A. In Alsdorf verläßt die Grundverwaltung durch falsche Berichte die Verantwortung für die furchtbare Katastrophe von sich ab. Die bürgerliche Presse beklagt in irrischen Tönen das harte Los des Bergmanns. Er muß es aber 262 Tote geben, dann bekommt auch einmal der Bergmann, der für einen Bürgerlohn kämpft für die alten Herren sein Leben zu Markte trägt, die fetten Schlagzeilen, die in der bürgerlichen Presse sonst nur den „wertvollen“ Volksgenossen Mäze Schmeling und Richard Lauber vorbehalten sind. Von den unblutigen Bergmannstragödien nimmt die bürgerliche Presse keine Notiz, propagiert aber dafür Lohnabbau.

Der großzügigende Michel-Konzern, Schrittmacher der Bergsgemeinschaft und der gelben Bergvereine im Gefolge

hat in den letzten Wochen in seinem Betriebe Michel-Berle in Großtanna bereits 90 Bergarbeiter entlassen. Am Freitag haben weitere 187 Kumpels ihre Kündigung erhalten. Darunter befinden sich 55 Familienmitglieder und 11 Betriebsinvaliden. Außerdem sollen auch 15 Angestellte, Ingenieure und Steiger an die Straße kommen.

Der Braumbetrieb wird ganz stillgelegt

In der Grube erfolgt ein Riesenbagger mit einer Leistungsfähigkeit von 650 Tonnen stündlich die Menschenkraft. Hand in Hand mit der Entlassung wird ein „faller“ Lohnabbau vorgenommen. Den Entlassenen werden die Gehälter gekürzt. Durch den Bagger sind viele Häuser und Fährwerke zu anderen Betrieben verbannt worden. Ihnen ist prompt der Schicksalton am 20. Okt. geflößt worden. Bergsiedende ältere Bergarbeiter wurden auf das Betriebsbüro bestellt. Dort wurden ihnen vorgelesen, wieviel Rente sie beziehen würden. Sie wurden dann zu dem Knappschaftsamt geschickt mit dem Befehl, sich krank zu melden. Zeitlichlich war der Knappschaftsamt auch bereits informiert, die Kumpels wurden prompt krank geschrieben, trotzdem sie sich gesund fühlten.

Auf diese Weise zeigt der Michelkonzern der Knappschaft ein ganz neues Gesicht. Die älteren Kumpels werden einfach zu „anagen“ pensioniert. Die Knappschaft der Bergsgemeinschaft in Großtanna fällt bei dieser Massentatung so recht ins Auge. Bis jetzt sind von der Belegschaft keinerlei Schritte gegen die Entlassungen unternommen worden. Der SPD-Betriebsrat, deswegen zur Rede gestellt, meinte: „Was wollen wir denn machen! Wir hatten nach der Kündigung einmal eine Belegschaftsversammlung ab und dann wollen wir mal sehen was da macht.“ Ein SPD-Versteher und Gewerkschaft werden uns schon weiterhelfen!

„Michel-Berle“ gilt als eine der besten Brauntalgruben

hüben lernen und verstehen, daß ihr Kampf nicht nur der einzig mögliche und richtige Weg zur Verbesserung ihrer Lage ist, sondern zugleich ihr proletarisches Kampfbewußtsein verläßt, sie für den Tag des Kampfes schneller politisch reifen läßt, damit sie für die bevorstehenden noch größeren Kämpfe gewappnet werden.

Wir wählen im Kampf

Diese revolutionäre Erfahrung wird sich auch in diesem Streik wieder erhärten. 31 2 u n a m e n für die RGD, auf den ersten Anschlag. Darunter viele Arbeiter von den entgegengesetzten Fronten. Sie kamen zum Teil von selbst und erlärten um ihre Aufnahme. Das ist eine treffende Lektion für diejenigen, welche diese Arbeiter als „großes Hemmnis“ bei der Auslösung von Kämpfen immer und immer wieder vorgeblich haben. Weg mit dieser opportunistischen Ansicht.

Die Streikleitung arbeitet

Männer und Frauen, sozialdemokratische, christliche, kommunistische, parteilose Arbeiter, alle arbeiten kollektiv unter Leitung der RGD angetrieben. Die Vorbereitung und Sicherung der Streikfront, die Erhaltung der Massensolidarität, das Bündnis mit den Gewerkschaften, das sind ihre Aufgaben. Neue Helfer, neue Funktionäre müssen mit der Aufgabe zu heranzüchten. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, einigt in die RGD!

Die Wegelin AG. vor dem Arbeitsgericht!

Willkürliche Maßregelung roter Betriebsräte

Nun erst recht — Kampf für die Wiedereinstellungen!

U.A. Den unerhörten Raubvergehen gegen die Lebensinteressen des Proletariats glauben die Truttschlagener dadurch ungehindert durchzuführen zu können, indem diese einen rücksichtslosen Terror gegen die sich noch in den Betrieben befindlichen revolutionären Arbeiter, vor allem aber gegen die roten Betriebsräte ausüben. Durch die Maßregelung roter Betriebsräte gleicht diese Gesellschaft, durch die schlimmste Ausbeutung die größten Profite aus den Knochen der Proleten herauszuschöpfen.

Auch die Firma Wegelin & Hüner — an der Spitze die Herren Hohm und Rathsch — glaubte durch die Maßregelung des roten Betriebsrates Döhrner den Weg frei zu finden für einen verheerenden Hungermarsch gegen die Belegschaft.

Aber nicht nur das! Der famose Betriebsleiter Höfer mit seinem Knecht Schöppan maßregelten auch noch den Kollegen Scholzge. Beide Entlassungen wurden mit der lächerlichen „Begründung“ durchgeführt, sie hätten verurteilende Urteile in den Betrieben gefällt und sich so der Werkplantage (!!) schuldig gemacht. Wir haben

Lohnabbau im Hotel- und Gastwirtsgewerbe

Wir berichteten schon vor einiger Zeit über den Vorstoß der Besitzer einiger großer Hotels in Frankfurt a. M. gegen den Lohn der Hotel- und Gastwirtsangestellten. Jetzt ist auf der ganzen Linie die Forderung von allen Besitzern der Hotels, Gaststätten und Cafés von Groß-Frankfurt erhoben worden. Allen Angestellten ging ein Schreiben zu, in dem jedem einzelnen am 31. Oktober gelündigt wurde mit dem Hinweis darauf, daß der Einzelarbeitsvertrag aufgehoben sei. Nur derjenige, der sich bereit erklärt, zu einem niedrigeren Gehalt vom 1. November ab zu arbeiten, wird weiter beschäftigt. Die Herren Unternehmer sind sogar so freundlich, das Einverständnis der Hotel- und Gastwirtsangestellten anzunehmen, wenn diese bis zum 25. Oktober keinen gegenteiligen Bescheid gegeben haben. Begründet wird der Lohnabbau, der durchschnittlich 10 Prozent der Gesamtlohnsumme ausmacht, mit den notwendigen Sparmaßnahmen zur Weiterführung des Betriebes infolge des außerordentlichen Umsatzeinbruchs.

Unter den Hotel- und Gastwirtsangestellten sollte dieser ungeheure Lohnabbau allgemeine Empörung auslösen. In einigen Betrieben traten die Angestellten spontan zusammen und entschlossen sich für Abwehr des Lohnabbaues.

Die RGD hat in den größten Etablissements die Organisation des Kampfes in Angriff genommen und die Forderungen der RGD, den Frontalstreik des Hotel- und Gastwirtsangestellten unterbreitet. Die Gewerkschaftsfraktion beschäftigt, in einer Verankerung der Angestellten dem Lohnabbau auf der Linie des Reklamations-Programms die Wege zu ebnen. Die Forderungen der RGD sind: nicht Lohnabbau, sondern Lohnverhöhung, keine Entlassungen — sondern Beilegung der Arbeiterunruhen, Beilegung der Arbeitslosigkeit mit 40 Stunden pro Woche bei vollem Lohnansatz.

bereits diese Vorgänge sehr ausführlich im „Klassenkampf“ behandelt.

Eine Arbeitsgerichtsverhandlung hatte sich nun mit den Terroratzen der Wegelin A.G. zu befaßen.

Jetzt, nachdem das Werk 4, dessen Belegschaft in einer entscheidenden Mehrheit hinter die revolutionären Gewerkschaftsopposition steht, stillgelegt wurde, sind die meisten Arbeiter, die man mit der Entlassung der Kollegen Döhrner und Schölze bezweckte, offen zutage getreten; Das Werk — den Betrieb stillzulegen, ihm „kommunistisch“ zu machen, um dann bei der Wiedereinstellung unterhördete

Beleuchtungen der Arbeitsbedingungen

durchzuführen. Aber dem Unternehmerrückständigkeit doch ein klein wenig mehr, als ihm vielleicht selbst lieb war, denn er ließ offen erkennen, daß der „rote Maßnahmenplan“ — die Beilegung der Belegschaft von Wegelin & Hüner — es ihm angetan hat und er demnächst die Kollegen Döhrner und Schölze als Mitarbeiter der Leitung. Damit hat die Wegelin A.G. selbst — wenn auch ungewollt — ausgegeben, daß es sich bei der Entlassung der zwei Kollegen um eine politische Maßnahme handelt.

Jetzt, man hat rote Betriebsräte maßregelt, weil sie energisch gegen das Arbeiterunruhen und gegen die Beilegung vorgegangen sind.

Der Betriebsleiter Höfer scheute sich nicht einmal, die roten Betriebsräte hinter das Bild führen zu wollen. Das zu erkennen, war selbst für den bekannten Klassenrichter Pollas nicht schwer.

Demselben erschien es sonderbar, daß eine Firma wie Wegelin & Hüner nicht einmal die elementarsten Grundzüge der Arbeitergesetzgebung kennt.

Das Verfahren Döhrner-Schölze gegen die Wegelin A.G. wurde deshalb so lange ausgeübt, bis das Verfahren der Wegelin A.G. gegen den Arbeiterführer zu Ende geführt worden ist. Man hat es dem Herrn Syndikus W e m e s sowie dem Betriebsleiter Höfer an, daß sie sich in ihrer Rolle nicht besonders wohlfinden. Um so mehr muß der verdingelten Belegschaft klar werden, daß sie nun erst recht die Wiedereinstellung der maßregelten Kollegen verlangen muß. Vor nicht nur das, sondern den Kampf organisiert gegen die weiteren gemachten Massentatungen von Belegschaftsmitgliedern sowie roter Betriebsräte unter Führung der RGD.

Dann heißt Ihr Euch selbst und den kämpfenden Berliner Metallproleten!

Eine Klärung für den „Volksboten“

Der „Volksbote“ bringt unter dem 15. Oktober einen Bericht über „Kommunistische Wähler“ auf Grube Volpert. Unter „Wähler“ versteht der „Volksbote“ die Mobilisierung der Belegschaft zum Kampf gegen die Unternehmerrückständigkeit, die auch auf Grube Volpert außerordentlich stark eingestrichelt hat. Der Artikel schreibt hervor auf das sogenannte Betriebsrätegesetz. Wenn Differenzen beständen, könnte man mit Hilfe des Gesetzes diese selber aus der Welt schaffen! Jeder schlafbewußte Arbeiter kann das „Volksboten“-Geheimnis widerlegen.

Der Berichtstatter vom Solberg-Organ schreibt in seinem Artikel ferner von guten Kommunalpolitikern, die „eine große Schwärze“ hätten. Er geht anschließend zu den „schönen“ Reuten, die alles widerstandslos schlucken, die getreu dem Vorbild ihrer Wähler und Gewerkschaft, alles durchführen im Interesse des Truttschlagens. Wir kennen die Sorte!

Weiter ist der „Volksbote“-Bericht an den Unternehmer gerichtet, nämlich in der Form der Denunziation. Der Unternehmer soll die kommunistischen Wähler unterbinden. Das heißt auf deutsch, er soll alle revolutionären Elemente entfernen.

Nur weiter so, „Volksbote“, uns kann es recht sein. Wir mobilisieren unbestreitbar die Kumpels von Grube Volpert gegen Euch Kapitalistendiebstahl und gegen Eure Freunde, die Schlöbkarone.

Siehe in die RGD, erlaßt den letzten Rumpel in der revolutionären Einheitsfront!

Die RGO. mahnt!

Verbreitert die Front der Berliner Streikenden!

Nazi- und Besitzbürgerblock verhängt

Hungerblock gegen die halloischen Erwerbslosen

Anträge zur Winterhilfe für die Erwerbslosen verlegt - Die nationalsozialistischen Young-Knechte verteidigen die Hungerpolitik des Magistrats - Peters verlangt, daß auch die Erwerbslosen „Opfer bringen“ sollen - Kampf um die Kommunisten zum Sturz des bankrotten Kapitalismus

Dienstag, 28. Oktober 1930.

In der gestrigen Stadtratsbesitzung wurden nach dreistündiger Debatte sämtliche Anträge für die Winterhilfe der Erwerbslosen, vor allen Dingen die kommunistischen Anträge, auf Verlangen der Nationalsozialistischen Verschleppungsaktion, der eine einzige Verzichtnahme der Magistrate von der Erwerbslosen besteht, zu und glaubte dadurch den Magistrat von der Verantwortung für die Sicherstellung der Lebenshaltung der Erwerbslosen im kommenden Winter entbunden zu haben. Das Vorgehen der Nationalsozialisten im Verband mit dem Besitzbürgerblock an der werksfähigen Bevölkerung hat die halloischen Erwerbslosen in die größte Not versetzt. Die halloischen Erwerbslosen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das verdrehscheißliche Treiben der Nazis beseitigt wird, alle Arbeiter und Arbeiterinnen über die arbeitserhebliche Rolle der Nazis aufzuklären und sie zum revolutionären Kampf für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu mobilisieren.

Sitzungsbericht

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden wurde der Antrag des Magistrats zur Winterhilfe für die Erwerbslosen, der die Nationalsozialistische Verschleppungsaktion auf Verlangen der Nationalsozialistischen Verschleppungsaktion, der eine einzige Verzichtnahme der Magistrate von der Erwerbslosen besteht, zu und glaubte dadurch den Magistrat von der Verantwortung für die Sicherstellung der Lebenshaltung der Erwerbslosen im kommenden Winter entbunden zu haben.

Darauf erfolgte die Einführung des Genossen Erich Wehne in die Stadtratsbesitzung. Die kommunistische Fraktion hatte außer ihren Dringlichkeitsanträgen für die Winterhilfe der Erwerbslosen noch einen Antrag eingereicht, der die Zurücknahme der Amtsenthebung der kommunistischen Stadträte Fritz, Stang und Klug forderte. Nach schneller Erledigung einer Reihe von Tagesordnungspunkten über die Deputationen und Ausschüsse, Landwerb am Salzberg, Straßenausbau, Übernahme von Bürgerhäusern und Wohnungsentlastungen wird in die Beratung der Anträge über die Inanspruchnahme an den Erwerbslosen, Rentnern, Invaliden usw. eingetreten.

Der Genosse Wehne verlas als Referent des Haushaltsausschusses noch einmal die Anträge der Kommunistischen Fraktion und die der SPD. Er begründete die einzelnen Punkte des kommunistischen Antrages an Hand der Schilderung der großen Notlage der halloischen Erwerbslosen, insbesondere der Ausgescheiterten und der erwerbsfähigen Erwerbslosen in einer Reihe von Verfassungen, die er vorlesen ließ, woraus er deutlich die Notlage der Erwerbslosen, ihrer Frauen und Kinder in den kommenden Wintermonaten vor dem Schlimmsten zu bewahren. In diesem Zusammenhang erwähnte Genosse Wehne noch einmal das erbärmliche Verhalten des Genossen Staatsanwalts Matz, der in der letzten Staatsanwaltschafts-Sitzung mit frecher Stirn behauptete, daß die Erwerbslosen in ihrem Elend selbst schuld seien. (Mitleid-Rufe bei den Kommunisten.) Ein Genosse betonte die Haltung der Sozialdemokraten, die hier im Stadtrat den Stützpunkt der Nationalsozialisten bilden, um so weit zu gehen, aber in Wirklichkeit alle Vorarbeiten treffen, um die im kommenden Winter gegen Räte und Young-Knechte stehenden Erwerbslosen mit „Gummipfennigen und härteren Wasser“, wie das die Parteiführer gewöhnlich anlässlich eines Rollstreikens in Arrest zu werfen, niederzuschlagen.

Sie fordern die Sozialdemokraten für die Erwerbslosen Brot und Suppen, während Erwerbslose keine Bohnen berechtigt hätte! Der Magistrat habe offen zu stehen gegeben, daß er nicht den Willen hat, die Erwerbslosen zu helfen. Hier vermisste der Genosse Wehne auf die furchtbaren Folgen der kapitalistischen Profitwirtschaft, durch die innerhalb weniger Tage Hunderte von Bergarbeitern hingerichtet wurden.

Die Kommunisten trauern nicht nur um die Opfer des kapitalistischen Profitstreiks, sondern um die gesamte wertvolle Bevölkerung, vor allem die Erwerbslosen, zum Sturz dieses Systems auf!

Daranz erging der Stadtkämmerer Dr. May das Wort, um eine Werturteil über den Inhalt herzugeben. Die gegenwärtige Auswirkung des kommunistischen Antrages betrage 4,2 Millionen und die des SPD-Antrages 1,1 Millionen. Vom Monat August bis Oktober 1930 sei die Zahl der Arbeitslosen von 3704 auf 4800 gestiegen. Jetzt sei bereits ein Betrag von 1.200.000 M. ungedeckt. Wir haben Verständnis für die Notlage, erklärte Herr May, um dann über die „unheilvolle Reichspolitik“ zu kommen, durch die die ausgebeuteten Erwerbslosen ausschließlich den Gemeinden zur Last fallen. Das Ende des Ringens des Herrn May war: Wir sparen, wo wir nur können - an eine Möglichkeit einer Ausdehnung der Rüstwerke ist nicht zu denken! - Damit habe! Was aus den Erwerbslosen werden soll, kümmert Herrn May wenig.

Der sozialistische Beiratsmitglied Peters, der erst vor wenigen Wochen im halloischen Stadtrat gegen die ungelieblichen Notverordnungen auftrat, aber nach den Wahlen die Nationalsozialistische Verschleppungsaktion wieder bei bekanntem Widerstandswort, vollführte gehen jedoch dafür, daß dem Herrn Peters, der sich so „wahr“ für die Interessen der notleidenden Erwerbslosen einsetzt, die Todsünden einer verwerflichen Politik im Gesicht geschildert wurden. Da geriet der seine Verzweiflung nicht mehr über sich selbst zu wälzen. Der stellvertretende Vorsitzende Barfels, der vorher unseren Genossen Wehne wegen eines Zwischenrufes des Genossen Erich (1) zur Ordnung gerufen hatte, „überhörte“ auf einen Hinweis des stellvertretenden Vorsitzenden Müller die Schimpfparole des Nationalsozialistischen Verschleppungsaktion, der sich zur Ordnung zu rufen, was eigentlich keine „Pflicht“ gewesen wäre. Peters dem gar nicht mehr zu Mute war, verbeugte sich aus seiner heissen Situation dadurch herauszuwinden, indem er die bekannte Parole über die Entlassung in den KZ in der Proklamationsdrucke herunterleserte. Als Peters seine Forderung für die Entziehung von Speisegeld begründete, erklärte er:

„Es braucht nicht alles futuristisch zu sein.“

Das heißt also, für die Erwerbslosen braucht nicht viel getan zu werden, für sie ist das schlechteste gut genug. Kann es sich um die Erwerbslosen handeln, dann hat Herr Peters eben seinen Schönheitswahn verloren. Gestern wurde der Hinweis dieses Mannes auf die in Berlin vorgenommenen Pländerungen von Lebensmittelgeschäften und seine „Warnung vor Verzweiflung“

ausdrücken“ der Erwerbslosen darum den so häufig, Herr Peters? Ansehend hatte er getrunken gar nicht daran gedacht, daß sein Parteigenosse Evering Innenminister geworden ist und über ein probates Mittel verfügt, um solche Verzweiflungsausbrüche der Erwerbslosen im Reime, - oder richtiger gesagt, im Blute zu erlösen: seine mit Gummipfennigen und Karabinnern ausgerüsteten Polizeikommandos!

Die Nazis als Einseitiger der Hungerpolitik des Magistrats

Das nationalsozialistische Baby der Herr Stadtratsmitglied Czarnowitz, sah sich dann nach dem Anfang, einiges zu den Anträgen der Kommunisten zu sagen. Während er in den früheren Monaten im halloischen Stadtrat keine Brandreden mit drohender Haltung und bösen Prophezeiungen zum Stapel ließ, so hat im halloischen Stadtrat nun ein launhaftes Völkchen „Verantwortung“ geerdet, wie gestern der Nazimann Czarnowitz, als ihm der Genosse Wehne zurief:

„Du sprichst ja gerade wie ein Stadtrat!“

entblödete sich Herr Czarnowitz nicht, zu erklären, daß er sich zum Stadtrat schließlich selber eignen würde als ein Kommunist (1). Dann verlegte sich Czarnowitz auf die bekannte Hege gegen die Sowjetunion. In der Sowjetunion bekämen ja die Erwerbslosen

ROTER PRESSE-ABEND der KPD, Stadtteil Westen

am Mittwoch, dem 29. Oktober, 20 Uhr, Produktiv, Bergensehrstr. 14. Aus dem Programm

Massenliche Unterhaltung - Die Aufgaben der Bürgerlichen und die Arbeiterklasse (Kriegs- und Klassenkampf) - Agippropaganda „Rote Schilde“ - Die Nationalsozialisten und die weiblichen Frauen (Kriegs- und Klassenkampf) - Die Stadteinteilung. Zur Gedung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben. Genossen, bringt die Leiter der „Halloischen Nachrichten“ und des „Volksblatt“ mit!

Überhaupt keine Unterfertigung mehr. Suhu, wenn leben denn dann noch die Erwerbslosen in Hallo? Herr Czarnowitz? Was! Sie auf, daß sie nicht mangeln nach Deutschland kommen und die Nationalsozialisten vor Hunger mit Haut und Haaren aufstreifen!

Die Gebührligkeit der nationalsozialistischen Politik enthielt sich aber, als Czarnowitz den Antrag stellte, alle Anträge für die Erwerbslosen solange zu verlegen, bis die Antragsteller praktische Vorkehrungen für die Beschaffung von Mitteln gemacht haben. Die Beschlüsse der Bürgerlichen waren der beste Beweis dafür, daß ihnen dieser Verschleppungsantrag der Nazis gerade genehm war.

Durch die Ausrufung: Wir Nationalsozialisten tun nur das, was wir verantworten können! hat Czarnowitz ungewöhnlich zum Ausdruck gebracht, daß die Nazis gewillt sind, die volle Verantwortung für die bankrotte kapitalistische Young-Republik, die die Massen der Wertigkeiten in immer tieferes Elend hineinstößt, zu übernehmen.

Die Nationalsozialisten sind die erbärmlichsten, feigsten und abgefeimtesten Volksbetrüger, sie sind die besten und würdevollsten Stützen des verrotten kapitalistischen Systems!

Aus der Tatsache, daß der Verschleppungsantrag der Nazis von den Bürgerblödeleuten mit Beifallsgeschrei aufgenommen wurde, ist

Entlarvte SPD-Demagogie Reformistischer „Lohnausgleich“ in der Praxis

Da die Not der Erwerbslosen so groß ist, hatte sich die halloische Stadtratsbesitzung am 28. Oktober 1930 mit dem reformistischen „Lohnausgleich“ der Erwerbslosen etwas zu tun. Dem Opfer der - das folgende Wort mag das sozialdemokratische Völkchen überhaupt nicht mehr auszurechnen - kapitalistischen Profiteure und Ausbeutenden, die die Erwerbslosen in den kommenden Wintermonaten zum Sturz dieses Systems auf!

1. Bei dem Mitteldeutschen Arbeitgeber-Verband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe zu beantragen, um den zukünftigen Gewerkschaften über die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich aus Unterhaltungsmittelein zu verhandeln, um die Einkünfte von Erwerbslosen in den kommunalen Betrieben durchzuführen zu können.

2. Entlassungen von Arbeitnehmern in den kommunalen Betrieben unter allen Umständen zu vermeiden und bei etwa eintretendem Arbeitsmangel die Arbeiter zu fördern.

Siehe das! Die SPD, fordert Arbeitszeiterhöhung und mit Lohnausgleich, eine Forderung, die von den reformistischen Gewerkschaftsmitgliedern in der Regel immer deshalb als „unmöglich“ verdrängt worden ist, weil sie fast Jahr und Tag von der KPD erhoben wird. Abgesehen davon, daß der „Lohnausgleich“ nach dem Entschluß der SPD aus Unterhaltungsmittelein, d. h. zum Teil auch auf Kosten der Arbeiter durchgeführt werden soll - die Forderung der SPD, stellt deshalb nichts anderes als eine Leinwand her, auf der die Gewerkschaften und Parteimitglieder der SPD, in der Praxis auch nicht einen Finger krümmen machen, um die Arbeitszeiterhöhung mit Lohnausgleich durchzuführen. Gelegentlich dazu, daß die Gewerkschaften die Forderung, die Lohnausgleich ohne Lohnausgleich bei der halloischen Straßenbahn, da war es ja gerade der reformistische Betriebsrat und der sozialdemokratische

Deffentliche Frauenversammlung im Stadtteil Osten

Am Mittwoch, dem 29. Oktober, 20 Uhr, bei Sünder, Rote Straße, öffentliche Frauenversammlung unter Mitwirkung der Rote Agitatoren: Krenn. Das Hauptprogramm der Frauenversammlung war die Ausstellung auf die Frau. - Warum Arbeiterinnenvereine? Eintritt frei!

zu erkennen, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Nazis ihren Antrag nach vorzüglicher Verwendbarkeit mit dem Bürgerblock gefügt haben. Die neue Arbeitsgemeinschaft ist also da, der Bürgerblock-nationalsozialistische Besitzbürgerblock, der die Erwerbslosen, ihre Frauen und Kinder im Elend umtollen lassen will!

Der Genosse Stützli fennelmeines dieses verärrliche Spiel der Nationalsozialisten und ihre Jureidobente für den halloischen Hunger-Magistrat in gebührender Weise. Der Genosse Wehne inwiefern hat den sozialistischen Betern sowie den nationalsozialistischen Leutwürgeln des halloischen Magistrats, Czarnowitz, gehörig auf. Als er die Wägen der Nazis über die Sowjetunion entlarvte und darauf hinwies, daß in der Sowjetunion keine Erwerbslosen vorhanden sind, stimmte die Bürgerblödeleute Beifall darzu, daß der Erwerbslosen im kapitalistischen System nie Hilfe zuteil werden wird, denn dieses System wird von den Bürgerlichen, den Nazis und der SPD, mit Fäusten und Sägen vertheidigt.

Dieses System ist bankrott, was sich auch an dem immer offener werdenden Bankrott der Gemeinden zeigt. Wir Kommunisten verlangen, daß den Erwerbslosen geholfen wird, daß ihre Forderungen befriedigt werden. Für die Bekämpfung der notwendigen Mittel haben diejenigen zu sorgen, die den Bankrott der Gemeinden verschulden. Wenn der kapitalistische Staat das nicht kann, dann muß die Arbeiterklasse selbst dafür sorgen, daß er abtreten muß. Wir Kommunisten appellieren an das gesamte Proletariat, den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft anzunehmen.

Herr Matz verließ die Nationalsozialistische Politik im Leunahaus zu rechtigen. Er erwiderte sich auch in der gestrigen „Agitationsanträge“ zu bezeichnen. Zum Schluß erklärte er, daß der Bürgerblock den Verschleppungsantrag der Nazis zu unterstützen wird!

Zwischen durch nahm Herr Bürgermeister Wittingen Gelegenheit, eine lehrreiche Willkommensrede über das, was die Erwerbslosen und Kinder bereitet, zu halten, um denen zu helfen. Genosse Frank fennelmeines darauf, die arbeitserhebliche Politik der Chemiegewaltigen und des Herrn Matz im Leunahaus. Als er hinwies auf die letzten Bergarbeiterkatastrophen, den Fortschritt der Bürgerlichen im Gesicht, daß sie sich durch die Unterfertigung des kapitalistischen Profitstreiks an der Ermordung der Bergarbeiter in Hallo und im Erzgebirge beteiligt gemacht haben, heulten die feisten Bürgerblödeleuten wie getroffene Hunde auf.

Herr Peters ergiff dann nochmals das Wort, um unter dem Beifall des Bürgerlichen zu erklären, daß in der heutigen Zeit von der Seite der Arbeiter nichts zu erwarten ist. Wenn es also von Peters aus den Arbeitern nicht gehen. Für uns steht mehr auf dem Spiele, rief Peters mit pathetischer Stimme aus. - „Lohnausgleich, das kapitalistische System“, lautete die treffende Antwort der Kommunisten.

Darum stellte Herr Krenn vom Bürgerblock den Antrag, die Debatte abzuwürgen. Mit Hilfe der Nazis wurde dann die für sie immer unangenehmer gewordene Auseinandersetzung abgedreht. Bei der Abstimmung vollführte der Vorsitzende Witsch unter dem schärfsten Protest der Kommunisten eines seiner bekanntesten Mandate in der Handhabung der Geschäftsordnung: Er lehnte es ab, über den SPD-Antrag und den der SPD, abstimmen zu lassen, sondern stellte nur den Verschleppungsantrag der Nazis zur Abstimmung, der dann auch mit den Stimmen der Nazis und des Bürgerblocks angenommen wurde.

Die Erwerbslosen sind also um ihre Forderungen durch die aktive Mithilfe der Nazis belogen und betrogen worden.

Als die Kommunisten den gestrigen Abend auf dem Ballmarkt veranlassen, die Erwerbslosen die verdrehscheißliche Rolle der Nazis mitteilen, ist dies eine gewaltige Empörung aus. Nach Erledigung einiger anderer Tagesordnungspunkte wurde die Sitzung geschlossen. Der kommunistische Stadtratsmitglied Stützliener hat sein Mandat aus beruflichen Gründen niedergelegt.

Personaldirektor Schauburg, die in innigen Einverständnis mit der Gemeindevorstand der Straßenbahn jeden Lohnausgleich ablehnten und dafür den Straßenbahnern einen Lohnausbau aufpudeln!

So steht die reformistische Praxis aus! Die Erwerbslosen, die die Seite der Nazis, ihre ebenfalls immerwährenden wie demagogischen Anträge befehlen müssen, werden sich von den sozialistischen Unternehmern nicht in die Irre führen lassen.

Wenn der Nazi zur Jagd geht - muß die Klassenjustiz wachen

Gestern sollte vor dem halloischen Schöffengericht der Prozess gegen die Genossen Kunz und Wabel stattfinden, die anlässlich des Naziberufes in einer öffentlichen Versammlung am 9. April in Röhren, wo beide als Distriktsredner auftraten, zum Unisgericht Röhren zu je einem Monat Gefängnis bedacht wurden. Die durchgeführte Klassenjustiz hatten beide Genossen Berufung eingelegt. Zur gestrigen Verhandlung war ein großer Jugendapparat aufgetrieben, u. a. auch der entmündigte Nazijugend von Alvensleben, der am fraglichen Tage einmal mehr seine Hege gegen die Kommunisten an den Mann zu bringen verwarf. Dieser Feld war aber zur Jagd und pfliff auf die Verabredung der Klassenjustiz. Die durchgeführte Klassenjustiz genügt aber schon, um zu erkennen, daß in unseren Genossen die Justiz auf der Grundlage stehen. Alvensleben wird wohl am besten wissen, daß die Anlage gegen unsere Genossen auf tödernen Füßen steht. - Eigenartig, daß man den Genossen Wabel und Kunz lediglich die Parole: „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“

an die Schöffe hingewiesen und großen Wert darauf legte, daß der eigentliche Naziberuf kein Gegenstand der Anlage sei. Man müßte eben Schöffe die den Vorfall in Röhren finden. Und das konnten natürlich nur Kommunisten sein. Durch diese Maßnahme bestätigt man, daß die Nazis die Urheber von dem Überfall auf die Arbeitervereine waren. - Nebenfalls für die gestrige Verhandlung auf. Steuergrößen werden auf die Strafbank geworfen, weil eben ein unglücklicher Nazilandhand auf die Klassenjustiz pfliff. Überlich wird der Antrag des Staatsanwaltes, Alvensleben mit 60 Mark zu bestrafen, um ihm doch bekannt ist, daß dieser Vergeß entmündigt ist.

Stadtteil Südwesten. Montag, Morgen, Mittwoch, 20 Uhr, in der „Trotz“ Fortsetzung des Magisches-Kampfes! Alle Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, sich zahlreicher zu beteiligen.

PROLETARISCHES FEUILLETON

„Goll dat alle nich mehr wahr sein?“

Aus dem Werftarbeiter-Drama „Doaks“ / Von Peter Kast

Genosse P. Kast hat in seinem letzten beendeten großen Werftarbeiter-Drama versucht, den mehrschichten Kampf der Arbeiter einer Schiffsbaufabrik proletarischeschlechtendramatisch zu gestalten. Der Inhalt des besprochenen Stückes ist gegen die erste Weltkriegeperiode vollkommene Rationalisierungsmaßnahme und die völlige Entmündung der Arbeiterklasse, deren Kampf betriebsweise zu vollziehen, ist hier von einem der fabelhaften Arbeiter vor, treffend gestaltet. Das zum und Kasten und die Sprache dieser Werftarbeiter sind in jeder Hinsicht echt, ungeheuren Reichtums, das nachstehend veranschaulicht. Es bildet den Kampf zwischen der alten, reformwilligen Arbeitergeneration und der neuen, revolutionären Arbeitergeneration um den Besitz des Klassenkampfes unserer Tage.

1. Szene.
Die seit vier Wochen bestrickte Werft im grauen, regnerischen Morgen. Heute ist die große Reihe der Arbeitereingänge wieder zum ersten Male erleuchtet. Die Portiere erwarten die ersten Direktionsbedienten, die entgegen dem Befehl der Gesamtbelegschaft der Arbeitslosenforderung nachkommen wollen. Doch die Streikposten sind früher aus den „Muschlöchern“ geteufelt und



„Es ist ja man bloß mein Gnadenbrod!“

erwarten nun auf dem Verhörplatz in Gruppen die „Baugellen“. Soeben schlägt die Uhrviertel mit zwei hellen Schlägen die halbe Stunde an.

1. Streikposten: Erst halb sieben!
2. Streikposten: Du hast man hier schon ne geschlagene Stunde im Regen rum!
Fiddi: Na, Jungs? Eure Mussfärbe mit die warmen Mammis drin fehlen euch wohl hier, he?
1. Streikposten: Au spiel die man nich auf, Fiddi! Müßt du nich auch lieber bei der Dösch in net Reits liegen, wie hier in dem Dreiwetter auf die Backfalten zu warten, die nich komm?
Fiddi: Man laßt, Piepel! Wenn et doch nich von Streikbrecher geht, trappeln wirs bestimmt von dem Kropplig, von dem verdammt!
2. Streikposten (zeigt in die Werftstraße): Hallo, Kollegen! Rief ut, die Schüngels komm da schon!

2. Szene.
(Zwei Schupfen treten auf.)
Fiddi: Na, dann werden die Backfalten auch bald eintrudeln!
Legge Simring (Jungarbeiter im Manufakturzeug) zeigt plötzlich auf einen im Hintergrund dünn qualmenden Schornstein: Menschenkind, Kollegen! Was is'n dat? Da seht se ja die Kesseln im Betrieb!
Mehrere: Verdammt Hunde! — Da sind woll schon gestern Abend Streikbrecher eingeflutscht!
Fiddi: Quatschköpfe! Wenn ihr irgendwas in dampfenden Mühsäufen auf der Werft sieht, gleich habt' Sammel um euren Streik!
Legge Simring: Na, da sind keine Proleten im Gange! Der Betriebsleiter wird sich da woll mit dem Ingenieurgespräch amüßeren!
Fiddi: Dat kann stimmen, Legge! Aber die wern uns nich gefährlich, die nich! Oh nich die eiepetete Pintels von der Tenno! Malmig wird et für uns erst, wenn die Wogen anfangen Heß-Wed zu machen! Und — und (mit einem Seitenblick auf Legge Simring) und leider sind se ja immer noch gewisse Leute, die ...

Legge Simring: Konnt ruhig Namen nennen, Fiddi! Oder willst du mir vielleicht für die Backfalterei von meinem Ollen rantreien, he?
Mehrere: Nahe da! — Wollt hier woll Stant machen, wat?
Legge Simring: Ist doch wahr! Fiddi muß immer einen durch den Kafau ziehen, sonst ist et nich zufrieden! Was wenn id wat doßte könnte, dat mein Oller Wogenaspiren ...

3. Szene.
Die Werftuhr schlägt die Dreiviertelstunde an. Tony Klafen, der umwölgt die Wirt von der an der Ecke des Betriebsplatzes gelegenen Hofkneipe „Zum verbotenen Inter“ ist vor die Wirtshausstür getreten, um das Wetter zu beschuppen.
Fiddi: Hallo, Kapitain! An Dea Wirtshaus zeh! Steifen Grog gefällig?
Tony Klafen: Hals Maul und pah op'n Kurs!
Fiddi: Kurs liegt an, Kapitain! (Gelächter) Sonst noch wat?
Tony Klafen: Was!
Fiddi: Hummel, Hummel!
Tony Klafen: (blüht gepumpt in die Werftstraße) Na, denn man guten Wind! Da kommt einer von euren Freunden! Während der Wirt eilig verschwindet, hört man näherkommende Schritte.
Mehrere: Sie kommen! — Backfalten in Sicht! — Diastolin, Runas, nicht provozieren lassen!

1. Schupo: Bitten uns aus, daß Sie unseren Dienst nicht unmäßig erschweren!
Fiddi: Falsche Adresse, Wachmeister! Die da! Die da angetrudelt kommen, müssen Se dat ergrähn!

4. Szene.
Der alte, trumm- und schiefgeatete Werftarbeiter Piepenbrint erscheint. Als er die Anmahlung bemerkt, ruft er. Hilflos irrt sein Bild von einem zum anderen.
Piepenbrint: Ja, Kinners, warum geht ihr denn nich rin in ...

1. Streikposten (lacht): Dat is ja man bloß der alte Piepenbrint! Wenig, Badder Piepenbrint, willst in deinen allen Tagen noch'n Dampf mer'n?
Piepenbrint (ohne rechtes Verständnis): Na, dat woll et eigentlich nich!
2. Streikposten: Na also, dann sig: Hart Badbord un gradaus zu Muttern zurück!
Piepenbrint: Aber ich hab' doch ne Karte von der Post, dat id heut morgen die Klotzts wieder zurück ...
Fiddi: Laßt den allen Knacker man laufen, Kollegen! Ob der auf der Werft rumtrott über der Sand schelkt! — Komm, Piepenbrint, geh man! Du taust uns nis!
Piepenbrint (dreht sich noch einmal um): Et is ja man doch bloß mein Gnadenbrod, Kinners!

5. Szene.
(Die Werftuhr schlägt sieben Uhr.)
Fiddi: Klar sieben! Für die paar Piepels hat sich dat Kesselnsteden da drinn verdammt nich lohn!
1. Streikposten: Wenn die Backfalten nich mit'n Hasens schlepper rintommen sind, dann nich!
2. Streikposten: Oder durch dat Bestior?
Fiddi: Keene Bange! Die Streikleitung is op 'n Draht! Unsere Jungs sehn überall!

Aus der Werftstraße werden entschlossen näherkommende Schritte hörbar.
1. Streikposten: Achtung! Jetzt kommt der Rausreißer!
2. Streikposten: Der geht, Scheints, aufs Gange!
Fiddi: Wenn dat man nich Dirt Simring is ...
Legge Simring ist bestürzt zusammengefahren, um dann den Näherkommenden entgegenzutreten. Tatsächlich tritt nach einigen Schritten Dirt Simring, der verblühte Sozialdemokrat, auf.
Mehrere: (Stimmendes Gelächter) Der hat noch gelacht! Wahnsinnig, Dirt Simring, perstänlich!
Legge Simring: (stellt sich seinem Vater in den Weg) Badder ...?
Dirt Simring blüht starr über alle hinweg und deutet nur mit einer Bewegung an: Geh mir aus dem Wege.
Legge Simring: Badder — is dat dein Ernst?
Dirt Simring: Hat denn Badder schon mal Wiße gemacht?
Fiddi: Na, freiwillig nich!
Legge Simring: Laßt, laßt, Kollegen! — Badder, hast du vergessen, wat du mir, seit ich auf der Werft bin, jeden Dag vorpredigt ...
Dirt Simring: Na!
Legge Simring: Nix Maß, Badder! Hast du et nich in meinen Schädel eingememert, dat der Prolet niz auf der Welt hat als seine Arbeitstraf? Und dat er diese so teuer als möglich vertaufen soll?
Dirt Simring: Aus dem Wege, Achtung, sag ich!
Legge Simring: Na, die diesen Augenweg nich! Du, Badder, hast mit quert den Sozialismus beigebracht! Du hast mir quert in die Arbeiterjugend geschickt! Du hast mir gezeigt, wat Sozialist' ist! Du hast gezeigt: Streikbrecher sind Besessenen! Kein Hund, hast du gesagt, löst se anspinnen! Jamoll, Badder, dat hast du gesagt. Und nu — und nu, Badder, soll dat allens nich mehr wahr ...

Ein sensationelles Dokument

Sie entnehmen das nachstehend veröffentlichte Dokument der neuen Nummer der „R.S.“, die dieses Dokument im Rahmen einer großen Arbeiterrevue über das Gesamtprogramm in der Sowjetunion bringt.

Am Südküste Moskaus liegt das Sowjetgefängnis Lefortowo. Kein Muttergefängnis. So wie dieses gibt es 10 bis 30 in der Sowjetunion. Am so schwerer wiegen die Eintragungen jenes Mannes im Gästebuch von Lefortowo, dessen Autorität und Kompetenz auch von der Sowjetdemokratie wohl nicht bezweifelt wird: Emil Vanderveelde, Vorsitzender der zweiten Internationale.
Vanderveelde ist augenblicklich in Ostasien. Auf seiner Reise hielt er sich in Moskau auf und benutzte die Zeit, um einige Inkultionen des Arbeiterstaates zu beschließen. Darunter auch das Gefängnis Lefortowo, das mit einer Textilfabrik verbunden ist. Hinter einer Bemerkung seiner Frau, die mit dem Gänge endet:

„Es ist fider, auch wir in Belgien können von Lefortowo noch viel lernen“
findet sich folgende sensationelle Eintragung Vanderveeldes im Gästebuch des Gefängnisses:
„Von den Neuerungen, die durch ihre Kühnheit gewisse Vorurteile über den Hauer werfen, die mir aber absolut gesund erscheinen, zitiere ich folgende: a) die Ausnutzung der Gefangenen selbst zum Lebensarbeitsdienst im Innern des Gefängnisses; b) die vollständige Freiheit der Gefangenen, sich während der Freizeiten zu unterhalten; c) Radio in den Zellen.“

Was die neuergerichteten Werkstätten betrifft, so sind dort erstmalige Neuerungen durchgeführt, die durch ihre großzügige Anlage alles, was in dieser Richtung in Belgien geschaffen worden ist, weit übersteigt. Ich spreche nicht von Frankreich, wo über-

Dirt Simring: Bin ich dir Lauskrich Rechenhaft schuldig? Soll ich oder Gemeinshafter mir von dir Grünschnabel befehlen lassen? 23 Jahre bin ich in der alten Partei und im Verband! Und nur war die Gemeinshafter befristet, is für mich, ist für Dirt Simring Geles! Mich wat Mostau will! Was, sag ich nodmal!

Legge Simring ist bei den verblühten Worten seines Vaters unheimlich ruhig geworden und dann ein Schritt zurückgetreten.
Legge Simring: (tonlos): So ist dat! So steift du dir dat vor!
Ehe es nun jemand verhindern kann, wirft sich der Sohn in sinnloser Wut auf seinen Vater.
Legge Simring: Schüt, du! — Verfluchter Bongenrecht! Kein anständiger Prolet denkt so wie du! Lebend kommst du mir nich op die Werft! Und wenn du tausendmal mein Badder bist!

Alles flüzt nun in großer Aufregung zu den Kämpfenden. Gummihüpfel schwingend fügen die beiden Schupfen herbei.
Schupo: Auseinandergehen! — Weitergehen! — Zurück, da!
Mehrere: Los, weg! — Polizei!

Hinter der Szene erdört die Schwärze des heranzustehenden Volkseinsatzes. Die Streikposten prüfen nach allen Seiten aus einander. Nur Legge Simring hat sich in moßlosem Jörn mit seinem auf die Erde gefallenen Vater verkrampft.
Legge Simring (heulend vor Wut): Verfluchte Bongen! Proleten hebt ihr auf Proleten! Und bloß, dat die Diktatör uns weiter auslaugen ...



„Verhalten, Wachmeister! Vor — ha! — ten ...!“

Schupfen reißen Legge von seinem Vater. Es gelangt ihm jedoch, sich wieder zu befreien und flieht ebenfalls. Ein Schupfen schießt hinter dem Flüchtenden.
Legge Simring (hinter der Szene): Mich seht sie wieder!
Dirt Simring hat sich mühsam auferichtet und droht mit der geballten Faust seinem entfliehenden Sohn nach.
Dirt Simring: Wachmeister! Legge Simring heißt der Hund! Werftstraße 15 wohnt er! Verharren, Wachmeister! Ver-haf-ten ...!

haupt noch nichts gesehen ist. Die Textilfabrik in Lefortowo gereicht dem, der sie leitet, zur Ehre und Freude.“

ges. E. Vanderveelde.
Wir haben diesem Dokument nichts hinzuzufügen. Wir warten jetzt nur auf das heitere Schauspiel, das der „Vorwärts“ seinen hochbetreuten Parteigenossen Vanderveelde besaouert!

Die Komjmolzen-Kohorte — die siegreiche Kraft des Fünfjahrplans

Der Moskauer Berichterstatter der „Wolfschen Zeitung“, Wilm Stein, veröffentlicht einen Artikel „Nüßtere Stimmung über Rußland“, der von Berleundungen der Sowjetunion nur so strömt. Am so beachtenswerter sind folgende Absätze:

„Der Enthusiasmus der kommunistischen Jugend, die im neuen System, in den neuen Ideen erogen, heute schon den überwiegenden Teil der jüngeren Arbeiterkraft stellt, ist ein Plus für alle Pläne der kommunistischen Regierung, das man gewöhnlich viel zu gering einschätzt. Gerade in der heutigen Krisenzeit der russischen Wirtschaft zeigt sich erstmalig die ungeheure Bedeutung einer Milizionergarde jugendlicher Kämpfer und Enthusiasten ...
Gesicht auf ... eine blühende folgende Jugend mit der Partei ihre wirtschaftlichen Ausbaupläne durch die siegreiche Kraft und durch die kommenden bringen. Eine wirkliche Grundlage des wirtschaftlichen Zusammenbaus besteht nicht, solange die Führung ihre Partei ... und Komjmolzenkohorten, die GPU und die Armee in der Hand hat und solange sie den Frieden mit der Außenwelt erhält.“

Diese Worte, geprägt von einem Todeind der proletarischen Revolution, sind wie mit roten Letztern eingetragenen in das Rahmenbild unseres Kampferprobens und fegherben kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion.

A. Führer durch die Geschäftswelt für unsere Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Stadt Halle

Sparkasse des Saalkreises Halle a.S.

Universitätsring 1b

Fernsprecher: 26112, 26142 und 35421

Zweigstellen: Ammendorf, Beesenlaubingen, Könnern, Lößebun, Niemberg, Wettin

Annahmestellen: Dölau, Leifin, Osmünde, Nieleben, Reideburg, Teicha

Annahme von Spareinlagen auf mündelsicherer Basis gegen zeitgemäße Verzinsung

Innig und billiger



Im **Warenhaus Bruno Paris**
Halle a. S. Marktstr. 2 bis Domplatz 9
30196

Weiss
Halle - Merseburg - Dittelsdorf

Reserviert

„Hallema“
Halleische Fleischsalat- und Mayonnaisen-Fabrik a. m. B. H.
in Qualität
Lieferant d. Konsumvereins
Gr. Nikolaistr. 6, Fernspr. 31238

Verlangen Sie überall
Silbersprudel
erstklassiges Erfrischungsgetränk mit Zitronen Geschmack
30171

Ebt Müller-Brot!
30110

Carl Lange Jr., G. m. b. H.
Beefener Straße 11/12
Gartenlegeteile: Sauerstoff-Fabrik
30184

Raucht KONSUM Zigarren

Nr. 10 Konsum-Zigarre St. 10,	ALLGEMEINER KONSUM VEREIN HALLE A. D. S.
Nr. 12 Konsum-Zigarre St. 12,	
Nr. 15 Grosch.-Zigarre St. 10.	



KARSTADT
kaufen, heißt gut und billig kaufen!
30173

Im Hotel „Weltkugel“ am Bahnhof ist man am besten
31420

Zigarren - Zigaretten - Tabake
bei **Willy Feigler**
Merseburger Straße 161
30181
Referiert 177 30499

Heinrich Wittenberg
Friedenring 12
Baustoffe aller Art
Fußboden u. Wandplatten, etc. und fertig verlegt
30432

Schuhwaren
Friedrich Oehlschläger
Leipziger Str. 3
30188

Gebr. Kroppenstädt
Möbelfabrik - Große Märkerstraße Nr. 4
Ausbau günstige Zahlungsbedingungen
30183

Als trustfreie, vollkommen unabhängige deutsche Margarinefabrik empfehle ich meine seit Jahrzehnten bestens bekannte Margarine: „Heldensterne“, verarbeitet mit Sahne, „Heids Weltruf“, „Freia“, „Drei Kronen“
Gegründet 1890 **Leipziger Margarinefabrik Richard Held, Schkeuditz** Gegründet 1890

Trinkt **KONSUM KAFFEE**
Allgemeiner Konsumverein Halle
30430

Engelhardt Biere überall!

Das Haus der eigenen Herren-Kleidertfabriken auf Teilzahlung
Franz Mettner
G. m. b. H.
Halle a. d. S., Leipziger Str. 33, Merseburg, Willenfelser Str. 7
30008

Zentralheizungen Spez. Ein- und Zweifachboiler
F. L. LASCH
Halle - S. Bismarckstr. 6
30440

Friedr. W. Franke
Tapeten - Linoleum - Vorhangstoffe
Marianstraße 6
30428

Gute Romane bringt der „Kaffee-Tampf“
Referiert Nr. 3
30774

Für Händler und Wiederverkäufer empfohlen:
Stridgarn (bekannte Marken)
Schnitten u. Strumpfwaren
Kurzwaren, Leder- und Hamwaren
Freund & Müller
Leipziger Straße 54 (Ede Viehwirtschaft)
30152

AUTO-LICHT
GESELLSCHAFT M. B. H.
HALLE A. S. KÖNIGSTR. 59
FERNRUUF 21276, 21706
Einzig offizielle:
Bosch-Dienst für Halle und Umg.
30108

Empfehle meine **Obst-Spezialgeschäfte**
Berliner Straße • Bernburger Straße • Königstraße
Wilhelm Pfeiffer
30108

Hermann Böhlert
Hofschlächterei
Glauchaer Straße 71 - Bismarckstr. 4
30005

Kieler Filzbörse
Schurken, Selbstbräuer, Räucherwaren
Sauerholz, Seife, Filzwaren
30176

Hans Heckel, G. m. b. H., Merseburger Straße 26
Wand- und Fußbodenplatten, Baukeramik
30320

Kauft nur trustfreie Margarine von der Vereinigten Fettstoff-Aktiengesellschaft Trustfrei!
Margarine-Werke Dresden-Leuben
30311

Trinkt **Chabeso**
30170

Bevorzugt **Fyffes-Bananen!**
30162

Trinkt **Freyberg-Bräu**
Euer
30186

Referiert 2
30178

Hefe kauft man am besten bei **E. Berger**, Krutenbergstraße 20
30161

Werkzeuge
Eisenwaren, Schneidwaren, Gartengeräte
Georg Tenme
Schloßstr. 11
30164

Molkerei „Sud“ Rudolf-Mayn-Straße 35
Dauerpasteurisierte Milch / Butter / Sahne
30327

Trinkt die Milch aus der **Halleschen Molkerei**
30105

5- u. 6-eckige Drahtgeflechte
Beste Qualität, Drahtgeflechte für alle Zwecke
Spezialgeflechte für Drahtgeflechte
Bil. Bezugsquelle
Reinmehlfabrik
C. Müllers Wwe. & Sohn, Halle (Saale)
Magdeburger Straße 59
30433

Bruchbänder
Reißbänder, Plastikbänder u. künstliche
Arbeits- u. Kranenbänder
Fr. Heilwig, Straße 10
Kronenbühnen-Straße 18, 19
30160

Brot nimm wichtig Schubert's Brot ist richtig
Spezialität: Steinmetz-Brot
30412

Trinkt die Milch aus der **Halleschen Molkerei**
30105

Referiert 333
30329

Referiert 101
30160

Referiert 47
30114

SCHOKOLADEN
NUR VOM KONSUMVEREIN ALLGEMEINER KONSUMVEREIN HALLE
30417

Schwarz Obst- u. Gemüse-Großhandlung
30415

Gustav Osterwald
Fachgeschäft für Bürobedarf
Preußerring 8 Halle (Saale) Fernruf 23725
30411

Verlangt überall **Heilemann's Feinsten deutschen Käse!**
30435

SPEISETARTOFFELN / FUTTERMITTEL
PAUL OTTO
Kartoffel- und Futtermittel-großhdlg., Königsstr. 67/70
30328

Schwarz Obst- u. Gemüse-Großhandlung
Max Schröder, Schwetzscherstr. 18
Bäckerei und Konditorei
Kaffee- u. Teegebäck zu jeder Tageszeit
30329

Central-Bad
Unterführung 32/33 - Telefon 2963
Schwefel- u. Sauerwasser- und Sauerwasser-
bäder von 8 Uhr früh bis 9 Uhr abends
30119
Referiert für Nr. 7
30428

Denk an die Deinen
durch Abschluß einer Bestattungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allgemein. Bestattungs- u. Versicherungsverein AG. Berlin zu Berlin
Vertretungen in allen größeren Städten Mitteldeutschlands

Mignon
Kakao
Pralinen
Schokolade
Überzugsmassen
DAVID-SÖHNE-A.G. HALLE'S
MIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE
30427



Der Kampftag gegen Faschismus und K.F.B.-Verbot

Stützen vom Massenaufruf in Zeit

Im Rahmen des antifaschistischen Aufgebots fand am Sonntag der rote Tag in Leipzig statt. Die harte Teilnahme der Arbeiterklasse zeigte, wie sehr sich die Leipziger Arbeiterbewegung dem Faschismus und seinen Helfern gegenüber geschlossen hat. Die Sonne aber war an dem Tag in der Reichshalle voll überflutet und ein guter Vorzeichen für den Kampftag am Sonntag.

Trübes, regnerisches Wetter war am Sonntag. Welchen Hoffnungen die Arbeiter entgegen sahen? Keinen! Nur die Hoffnungen der Arbeiter, die in ihren vier Händen und die sozialfaschistischen Bonzen gehalten haben. Die Tag man während des Demonstrationsumzuges überall hinter den Gardinen lauften.

Von drei Seiten riefen die gefesselten Jüge der Arbeiter zur Kundgebung auf dem Altmarkt an.

Rote Fahnen fluteten überall, rote Transparente leuchteten. Wir sind die Soldaten der Revolution, so riefen auf einem zu lesen. Man kann diesen Soldaten der Revolution vertrauen, das steht fest. Entschlossen und beispielhaft war ihr Auftreten. Sie alle wissen, daß sie bei der Durchführung unserer großen Aufgabe, Sturz des faschistischen und Aufbau des Sowjetreiches, ihr Leben in die Schanze schlagen müssen. Sie wollen auch das Schicksal der „starken“ Mann, schon im kommenden Winter sich allerhand zur „Verabingung“ der verelendeten, rebellierenden Erwerbslosenarmee vorgenommen hat. Nichts schreckt sie ab, nur noch härter, noch fester werden die Proleten.

Massengelände für den antifaschistischen Kampf

Genosse Gutjahr sprach auf dem Markte. Er wies auf die Hunderte von Opfern des faschistischen Mordsystems hin, die in den letzten Tagen durch die Kugeln einer Handvoll Kapitalisten ihr Leben lassen mußten. Sie sollen nicht vergessen sein, ihr Tod soll vielen Tausenden das Signal sein zur Eingliederung in die Reihen des kämpfenden Proletariats.

Das war der Schluß der versammelten Arbeiterklasse von Leipzig. Nach dem Appell des Vertreters der Kommunistischen Partei des Genossen Schlichters, fest und geschlossen in der antifaschistischen Front zu stehen, formierten sich die Massen zum Demonstrationzug durch die Stadt.

„Nebenoll“ begleitete zahlreich die Schulpolitik den Zug. Man hatte sich überhaupt mächtig angeheitert. Die Kommunisten mühen sich ganz verfluchte Menschen sein! Die Absteigung in am holländischen Polizeipräsidium war stark vertreten. „Die können ohne uns nicht mehr leben und müssen doch aus ihrem Auftraggeber, dem faschistischen Staat, weichen, daß sie überhaupt Erziehungsberechtigung haben.“ So lautete die Rede eines Zuhörers. Und wir erhalten durch unsere Arbeitskraft, die wir noch immer ausbeuten lassen und dadurch, daß wir die ganzen Schandkneuer zahlen, noch indirekt diese Kerle! Junge, auf die Dir an: Die Kommunisten, mit dem sie die Proleten bei jeder Gelegenheit prügeln, werden durch uns bezahlt.“ Bewußt wurde das ein alter Arbeiter hervor. Aber seine alten Augen blühten und auch er wird noch die große Generalabrechnung mitgehen.

Am Wege fanden ein paar SA-Jobler. „Mensch, aber Schluß haben sie doch, das muß man denen schon lassen“, so sagte einer, als der Zug vorbeiging. „Nachdem ich meine der andere: „Die haben auch gar nicht so unrecht, was doch sehr, wie frisch die Nazis sind, — und was ist bei uns los? Was tun wir dagegen?“ Das ist kurz! Und den Jungen dümmert's also. Da wird's auch nicht mehr lange dauern, bis sie ihre Bürger hinführen und zur roten Front kommen! Bei den Alten hält's schwerer und man die „Jälle“ sind hoffnungslos.

An der Wohnung eines der Leipziger Reichsbannerführer ging der Zug vorbei. Dem Helden blieb die Spade weg. Hatten die verdammten Kommunisten heute auf die Seite geschlagen? Sein Latendrang erwachte! Er, wenigstens er wollte doch zeigen, daß er auch noch schwarzrotgold in Zeit gibt. Klinge hoch er seine Fahne und hemmte sie ins Feindert. Krampfhaft stieß er sie immer wieder auf den Feindert. Es sollte eine Provokation sein. Er wollte die Arbeiter zu unbedingten Aufgehungen hinreißen, um endlich der Polente ein bißchen Arbeit zu geben. Die Proleten haben ihm was gepfliffen! So dumm wie Reichsbannerführer sind die Arbeiter nicht. Aber sie merken sich die Provokateure.

Staatsgefährliche Kampflieder

Eine starke geschlossene Kolonne Antifa wurde immer besonders „lieben“ von den Krimiten begleitet. Richtig sang das Leutenied auf. „Guten Lohn hat die Spio gemeinlich“. Das war für die Krimiten wie das rote Zug für den Stier. Sogar einer, der recht wohlbeleibt war, lernte das Kennen. „Das ist verboten, das dürfen

SPD.-Bürgermeister beschimpft Hungernde

Erwerbslose nennt er „Mob der Straße“

Die Sozialdemokratische Partei Hohennauens hatte für Sonnabend, den 25. Oktober, zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, in der der berühmte Begehr, „Linter“ Kommandant aus Leipzig, neben dem SPD.-Bürgermeister August Bergholz, schon lange vor Beginn war der Saal arbeitslos mit revolutionären Arbeitern gefüllt. Um den Kampf gegen den Faschismus handgreifliche Gestalt zu verleihen, hatte die SPD. ein Schuppentollkommando aus Weipenfeld bestellt. Die Polizei besetzte in provokierender Weise den Saal sowie die Bühne. Als Bergholz erschien, wurde er mit Pfiffen und böhmischen Zurufen begrüßt. Der wohlgenährte Bürgermeister August eröffnete die Versammlung, um als hier mehrere revolutionäre Arbeiter zur Geschäftsordnung zum Worte meldeten und Diskussion verlangten, sagte er: „Diskussion gibt es heute nicht.“ Unter empörenden Zwischenrufen aus der Versammlung eröffnete August eine wilde Rede gegen die kommunistische Stadtratsverwaltung und beschimpfte die Erwerbslosen, die an der letzten Stadtratsversammlung teilgenommen hatten, als

Solidarität mit den Berliner Streikenden!

In einer am Freitag in Köpenick stattgefundenen Versammlungsanstaltung, in der die „Rote Schmeißer“ Halle auftrat, wurden für die

streikenden Berliner Metallarbeiter 5 Mark und für das Mensel-Aufgebot der roten Hilfe 5,50 Mark gesammelt.

Sie nicht fragen. „O je, muß die Republik doch auf wackeligen Füßen stehen, wenn sie schon durch ein Vieh in Gefahr ist!“ Eine Gruppe Nazis hand grünten da und ließ die Arbeiter vorbeimarschieren. Das Gerücht sollte höchst sein. Da, es sollte — aber die Angst ließ sich sehr leicht überwinden. Und eines ist sehr bezeichnend. Als das Ueberfallkommando, welches den Zug begleitete, vorbeifuhr, da grüßten die Nazis sehr höflich und freundschaftlich. Das ist ja auch ganz in Ordnung. Das hat doch die Schupo wirklich an den Nazis verdient!

Auf dem Schützenplatz

fand die würdige Demonstration ihren Abschluß. Ein Kamerad der Antifa wies in kurzen, markigen Worten nochmals auf die Aufgaben hin, die jetzt vor dem Proletariat stehen. Das Bilden der Kampfgemeinschaft oder Ausgeborenen gegen die Ausbeuter, unermüdliches, gutes Arbeiten, bis wir unter Ziel, ein einheitliches Deutschland erreicht haben. Das war das Gebührende, welches die Tausende beim Abschlus des roten Tages gaben.

Nun geht es an die Auswertung des roten Tages und die Ergebnisse werden gute sein! Viele Leiser Proleten, wandend und mutlos geworden, nachdem die heulende Demagogie der „Antifa“ sozialfaschistisch durch die letzten Reichstagsabstimmungen so glänzend entlarvt ist, haben neuen Mut gewonnen. Sie werden den Weg zur roten Front, zur Front des rücksichtslosen Klassenkampfes finden!

„Der Volkskalender geht wie warme Semmeln...“ schreiben aktive Ortsgruppen und fordern neue Sendungen an. Die BV. erhielt z. B. gestern folgende Postkarte aus Belgern im NB. Zorgan:

„Belgern, den 27. 10. 1930.“

Werte Genossen der BL. Halle-Merseburg! Schickt uns bitte noch 150 bis 200 Stück Volkskalender. Unsere erhaltenen Kalender sind fort wie warme Semmeln. Also kann ich mich darauf verlassen. Möglichst schnell! Geld wird sofort abgeschickt.“

Auch R i e l e b e n jetzt 200 Kalender und verlangt noch 100 Stück! — Welche Ortsgruppe oder welcher hollische Stadtteil will da nachstehen? Auch jetzt heißt es noch für alle:

Den letzten Volkskalender unter die Massen!

Wichtige antifaschistische Aufmärsche in Weipenfeld und Merseburg

Auf der Heimfahrt vom antifaschistischen Treffen in Leipzig machten die Genossen in Weipenfelds Halt und marschierten in einem geschlossenen Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt bis zum Marktplatz. Die Weipenfelder Arbeiterklasse begleitete den Zug, so daß sich bis zum Marktplatz ungefähr 1500 Menschen angeschlossen hatten. Dort wurde eine kurze Kundgebung veranstaltet, wo der Genosse K. in kurzen Worten auf die Bedeutung des antifaschistischen Kampfes hinwies und die Weipenfelder Arbeiterklasse antwortete, in den Reihen der K.F.V. der antifaschistischen Kampffront den Kampf der Arbeiterklasse zu unterstützen und bis zum endgültigen Siege durchzuhalten.

Auch in Merseburg machten die durchziehenden Genossen Halt und marschierten genau wie in Weipenfeld in geschlossenem Demonstrationzug bis zum Marktplatz. Auch dort konnte sich einige hundert Arbeiter angeschlossen, wo dann der Genosse Wolfmann, der einige Stunden vorher von der Verdingung der Opfer des Grabenunglücks in Alsdorf zurückgekehrt war, einen kurzen Situationsbericht über die Verdingung in Alsdorf gab. Mit Protestrufen wurden die grausamen Maßnahmen der Gewerkschaft gegen die revolutionäre Arbeiterklasse in Alsdorf entgegen genommen. Nach dem Genossen Wolfmann legte der Genosse Kühn noch kurz die Wichtigkeit des antifaschistischen Kampfes, der besonders in der jetzigen Situation eine besondere Bedeutung hat, dar und forderte die Arbeiter auf, mit der kommunistischen Partei und der antifaschistischen Kampffront den Kampf bis zum Siege des Proletariats zu führen.

Mache Deinen Kollegen zum „Klassenkampf“-Leser!

Abrechnung mit den Mandatsräubern

Die Leipziger Arbeiterklasse nahm am Freitag gegen den Mandatsraub Stellung, den der Renegat Gebhardt nach dem Tode unseres Genossen Guitas Menzel begangen hat. In einer gut besuchten Einwohnerversammlung traten nach einem Referat des Genossen K. in die Diskussionsreihen aus der Leipziger Arbeiterklasse, einer nach dem anderen, auf und brandmarkten das betrügerische Treiben der Mandatsräuber um Gebhardt. Eine Resolution, die wir noch veröffentlicht werden, die den Weg der Gebhardt und Konkorten politisch charakterisiert, wurde einstimmig angenommen. Außerdem erfolgten

11 Renamnahmen für die Partei,

und schließlich wurde noch ein vorbereitendes Komitee für die Schaffung des Kampfbundes gegen Faschismus und Gebhardt gebildet. Die Versammlung hat damit einen neuen Auftrieb des verhassten Kampfes gegen die Renegaten, SPD. und Faschismus gegeben.

Nach dem harten Wahlerfolg in Weipenfeld und Umgebung wird der Mandatsraub Gebhardts besonders aufweisend, so daß unmittelbar neue Kräfte für die Partei und ihren Befreiungskampf aufgestellt und mobilisiert werden

Scheiben eingeworfen, um ein Dach über dem Kopf zu haben

Am Donnerstag gegen 7 Uhr abends warf ein am Morgen entlassener Strafgefangener sechs Scheiben des Schwurgerichts in Stummberg ein. Ein zufällig im Gefängnis anwesender Landwirts nahm ihn fest und lieferte ihn ins Gefängnis ein. Nach Erörterungen stellte es sich heraus, daß der Entlassene keine Unterkunft hatte und die Tat beging, um im kommenden Winter wieder ein Dach über dem Kopfe zu haben.

Eine typische Erscheinung im Young-Deutschland. Die Massenbewegten Arbeiter werden nicht Scheiben ein, um ins Gefängnis zu kommen. Sie kämpfen gegen die Ausbeuterordnung und werden nach ihrem Siege die heutigen Ausbeuter und ihre Lakaien in die Gefängnisse sperren, die das Elend der Massen verursachen.

Erimtschau. Ein Dachbender abgefeuert. Bei Dacharbeiten auf der Niederlage der Cotha führte ein Hilfsarbeiter, mit dem Entfernern der Dachpappe beschäftigt war, wahrscheinlich infolge einer Rückwärtsbewegung oder eines Schwindelanstalles, vom Dach. Er fiel auf den gepflasterten Hof mit 10 schweren Verletzungen liegen, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Überfall (St. Gotha). In der Transmissionskette geteilt. In der Königsmühle wurde der Maschinenführer, als er einen Riemen auflegte, von diesem erfaßt, in die Transmissionskette hineingezogen und dort derart herumschleudert, daß er an einem Bruch der Wirbelsäule starb.

Großes Fischerleben in der Bode. Seit einigen Tagen wird in der Bode ein großes Fischerleben beobachtet. Große Mengen toter und sterbender Fische treiben auf dem Wasser.

Werbt unermülich für unsere

Partei und Presse

Verantwortlich: Ernst Schmeißer, Berlin, für Politik und Belangen; Bruno Rohde, Halle, für Politik und Belangen; Ella Seibel, Halle, für Belangen; Fritz Kühn, Merseburg, für Politik und Belangen; Fritz Krosch, Halle, für Angelegenheiten.

Der Grubenmord von Maybach

Neue Hundert Todesopfer des Profits — Wie im Wurm-, so im Saartrevier: Völlig ungenügende Sicherheitsmaßnahmen — Saarkumpels beschließen eintägigen Proteststreik

Wie wir bereits kurz berichteten, ereignete sich am Sonnabend, also an dem Tage der Beerdigung der 262 Opfer von Alsdorf, eine neue furchtbare Schlagwetterexplosion auf der Saargrube Maybach. Nach den zuletzt hier vorliegenden Meldungen hat dieser neue Massenkumpelmord des rücksichtslos über Berge von Leichen schreitenden Grubenkapitals bisher 99 Todesopfer gefordert, doch ist bestimmt damit zu rechnen, daß sich diese grausige Zahl noch bedeutend erhöht. Außer den bisher geborgenen 85 Leichen und drei ihren Verletzungen Erlegenen sucht man zur Zeit an einer noch nicht zugänglichen Stelle im Schacht vier weitere Tote. Außerdem werden noch sieben Bergleute vermißt, die sich ebenfalls in dem brennenden Stollen befinden und als tot gelten müssen. Wie in Alsdorf, so sind auch hier die Opfer der Profitgier auf das entsetzliche entsetzt, zerstückt und zerstückelt. Unser Genosse, der Landtagsabgeordnete Gustav Sobotta, den diese neue Katastrophmeldung in Alsdorf übertraf, hat sich sofort zur Zeche Maybach begeben. Und wiederum mußte er an Ort und Stelle bei der Vernehmung von Hunderten von Kumpels die ganze Gewissenlosigkeit, das verbrecherisch-leichfertige Spiel mit dem Leben der Bergarbeiter feststellen. Daß die für dieses Verbrechen verantwortliche Grubenleitung hier in den Händen des französischen Grubenkapitals liegt, zeigt jedem Arbeiter, daß die Internationale der Ausbeuter überall um ihres geheiligten Profits willen unbedenklich über Berge von Proletarierleichen hinwegschreitet.



Wie in Alsdorf: „Ist unser Vater dabei?“



Toter Maybach-Kumpel wird fortgeschafft

Anglaublich verlotterte Wetterführung

Saarbrücken, 27. Oktober. (Eig. Bericht.) Die Schlagwetterexplosion in Maybach hat ihre Ursache in einer unglücklich verlotterten Wetterführung. Der Querschlag, der vom Albert-Schacht zum Sengwald-Schacht führt, ist in einer Länge von 300 Metern überhaupt nicht bewettert worden. Hier haben seit langem Schlagwetter geherrscht, die auch der Grubenleitung bekannt waren. Von dem Querschlag aus wurden mehrere Abteilungen abgebaut, fast alle hatten keine eigene Wetterführung, sondern eine sogenannte Sonderbewetterung. Die Sonderbewetterung war in keiner Weise ausreißend, deshalb fanden auch nur Betriebspunkten dauernd Schlagwetter.

Am 11. Oktober haben die Arbeiter aus der Abteilung 10 bereits geklagt, weil vor ihrer Arbeit eine Stöße von 24 Grad war und ständig Schlagwetter stand. Fortgesetzt wurden auch aus den anderen Abteilungen Beschwerden geführt, die Grubenverwaltung tat jedoch nichts, um die Mißstände abzustellen.

Die Kumpels krepieren — die Verwaltung diskutiert

Am Sonnabend, dem 25. Oktober, früh, gab die Verwaltung wegen der an diesem Tage besonders starken Gefahr, die Anweisung, keine Wagenlampen mit in die Grube zu nehmen. Am Sonnabend nachmittag jedoch wurde diese Anweisung wieder aufgehoben. Warum, weiß keiner. Einige Stunden später erfolgte dann die Katastrophe. Wie vermutet wird, ist die Zündung durch die Lampe einer Prestolifolomotos entstanden. Das geschah um genau 15.15 Uhr. Die Verwaltung jedoch, sofort mit allen verfügbaren Kräften das Rettungswerk in Angriff zu nehmen, hielt davor eine Sitzung ab, um zu diskutieren und zu beraten, was wohl zu tun sei. Erst um 18 Uhr wurde diese Sitzung beendet und die Rettungsarbeiten in Gang gesetzt. Während also unten in der Katastrophengrube fast hundert

Kumpels am Krepieren waren, diskutierten die Mörder. Durch diese unglückliche Sabotage des Rettungswerkes wurden die ersten Helferkolonnen erst um 18 Uhr alarmiert. Die sich freiwillig zur Rettung meldenden Arbeiterfamilien, die, wie das herrliche Beispiel Alsdorf gezeigt hat, die mutigsten und aufopferungsfähigsten Helfer waren, wurden von der französischen Grubenverwaltung kritisch fortgejagt. Das Rote Kreuz dagegen, das um 6 Uhr antrat, mußte erst des längeren und breiteren instruiert werden, so daß auch dadurch unersehbar Zeit unüberbringlich verloren ging. Erst nach Stunden konnten die ersten Rettungsarbeiten beginnen.

Auf allen Gruben des Saargebietes riefen die Bergarbeiter zum Proteststreik am Beerdigungstage. Die Zahllosen Dummheit und auch Weibelschrecken beschloßen als erste, einen eintägigen Proteststreik durchzuführen. Am Montag fanden überall Bergarbeiterversammlungen statt, in denen der Abwehrwille der Bergarbeitermassen gegen weitere Grubenmorde mit elementarer Leidenschaftlichkeit zum Ausdruck kam. Die Beerdigung der Opfer findet Mittwoch, den 29. Oktober, vormittags, statt.

Gerettete berichten

Einer der Bergleute hat seinen Kameraden eine Strecke mitgeteilt, wie ihn einige Gole zwangen, seine Last abzuwerfen. Erschütternd die Gese, wie ein Fahrhauer seine Grubenlampe forderte; er will zurück in den Schacht, will vordringen in das undurchbringliche Dunkel durch die zusammengeklühten Gesteinsmassen; denn er weiß, unten liegt sein Bruder. Drei Bergleute, die man schon zu den Vermissten zählte, waren lange Zeit in den Schwaden umhergeirrt, bis ihnen frische Luft den Weg zum Jungwalschacht wies, aus dem sie dann ins Freie kamen. Die Hilfe und die Schlagwettergeschwaden machen die Arbeiten der Rettungsmannschaften außerordentlich schwer, die mit ihren Apparaten nur langsam vorwärtsbringen können. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß auch nur einer von den Eingekerkerten noch leben geborgen werden kann. Dauernd befinden sich die Rettungsmannschaften im harten Kampf mit den Schwaden und trotz aller Anstrengungen begegnen sie nur Toten und Toten. Schauerlich ist der Anblick verbrannter und erkälteter Menschen.

Siebertöpfige Familie verbrannt

Schweres Brandunglück in Spanien

Madrid, 27. Oktober. Auf einem Landgut in der Nähe von Albaroz brach am Sonntag ein schwerer Brand aus, wobei eine siebertöpfige Familie ums Leben kam.

Das Feuer dehnte sich mit rasender Geschwindigkeit auf die Nebengebäude des Gutes aus. Das Dach des Wirtschaftshauses, in dem ein angehefteter mit seiner Frau und seinen 5 Kindern wohnte, stürzte zusammen und begrub die Bewohner unter den Trümmern. Nach mehrstündigen Bemühungen gelang es, deren vollkommen verkohlte Leichen zu bergen.

Person so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

Bei dem Zusammenstoß der beiden Maschinen wurde noch eine Radfahrerin, die mit ihrem Rade zwischen die Maschinen geriet, leicht verletzt. Einer der Motorradfahrer soll ohne Licht gefahren sein.

Auto vom Zuge mitgeschleift

An dem Eisenbahnübergang in der Nähe von Bassy in Schweden wurde in der Sonntagnacht ein Auto vom Zuge erfasst und etwa 300 Meter weit mitgeschleift. Von den Insassen, einer aus jeß Personen bestehende Familie, wurde eine Person sofort getötet und die übrigen fünf verletzt, davon mehrere lebensgefährlich.

Spanischer Dampfer gesunken

In der Nähe von Corruedo stieß in der Nacht zum Montag der spanische Dampfer „Suro“ aus Bilbao mit einem noch unbekannten Dampfer zusammen. Während der spanische Dampfer auf der Stelle sank, setzte der unbekannte Dampfer seine Fahrt fort. Die Besatzung konnte sich retten.

85 Personen an Fleischbergiftung erkrankt

In der Nähe von Saint Nicolas in Flandern erkrankten 85 Personen nach dem Genuß von verdorbenem Fleisch. Von den Erkrankten ist eine Person bereits gestorben. Wieder Erdbeben in Süddeutschland

Wieder Erdbeben in Süddeutschland

Nach einer Meldung aus Stuttgart verzeichnete die seismographischen Instrumente am Sonntagmorgen zwei starke Erdbeben. Die Herdenfernung beträgt etwa 300 Kilometer.

Anwetterkatastrophe in Smyrna

Bisher 25 Tote geborgen

Konstantinopel, 27. Oktober. In der Nacht zum Sonntag wurde die türkische Stadt Smyrna von einer furchtbaren Anwetterkatastrophe heimgesucht, die zahlreiche Todesopfer forderte. Viele Häuser, deren Grundmauern von den Wassermassen unterpült waren, stürzten ein und begruben die Bewohner zum Teil unter den Trümmern. Bisher gelang es, 25 Leichen zu bergen. Straßen- und Eisenbahnverkehr ist vollkommen unterbrochen. Man rechnet mit weiteren Todesopfern.

Verkehrsunglück in Neustrelitz

Drei Todesopfer

Neustrelitz, 27. Oktober. Am Sonntagabend stießen vor dem Eingang zur Banierstraße in Neustrelitz zwei Motorräder in voller Fahrt zusammen. Dabei wurden drei Personen sofort getötet und eine vierte

RGÖ-Telegramm an Saar-kumpels

Bergarbeiter, kämpft um euer Leben!

An den Betriebsrat der Zeche Maybach, Saarbrücken!

Aufs tiefto erschüttert von entsetzlicher Katastrophe, die Euch getroffen hat, aus höchste empört gegen das an diesem Massenmord schuldige Grubenkapital, sprechen wir Euch unser Mitgefühl aus. Begrüßen den Willen der Saarbergarbeiter, Proteststreik gegen das Mordsystem durchzuführen. Rufen allen Bergarbeitern zu, ihr Leben im Kampf zu verteidigen, der mörderischen Antreiber den schärfsten Widerstand zu leisten und bei mangelhaften Sicherheitsmaßnahmen geschlossen die Arbeit zu verweigern. Kämpft um die sofortige Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der sechsstündigen Schicht, kämpft um höhere Löhne für Eure gefährvolle Arbeit.

Euer Kampf ist ein Teil des großen Kampfes, den das deutsche Proletariat gegen das mörderische kapitalistische System führt. Scharf Euch um die RGÖ, die allein energisch für die Lebensinteressen der Arbeiter kämpft.

Werden Euch mit ganzer Kraft in diesem Kampf um Eure Lebensexistenz und Lebensinteressen durch Solidarität im ganzen Reich unterstützen. Reichskomitee RGÖ.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Dienstag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei. Einzelheft 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Halle, Postfach 114. Fernruf: 210.45 (R.D.); 200.47 (Berlin).

Die deutsche Arbeiterzeitung
Der Rote Stern

Einzelheft 15 Pf. für den am 28. und 29. Okt. im Zeitteil. Bestellen: Kreisamt des Sozialen Kampfes, G. m. b. H., Halle. Druck: Druckerei Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Postfach 114.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 28. Oktober 1930

10. Jahrgang * Nr. 253

Zwei Wochen Berliner Metallarbeiterstreik!

Berlin kämpft für Euch alle — Helft Berlin, indem Ihr für Eure Forderungen streift!

Halle, 28. Oktober.
Zwölf Tage stehen die Berliner Metallarbeiter heute im Streik. Am 14. Oktober morgens begann unter Führung der K.G.D. eine Reihe von Betrieben mit dem Streik, während in anderen Kampfeschritten für den nächsten Tag gefaßt wurden. Unter dem Druck dieser Taktiken mußte um die Mittagsstunde die Funktionärskonferenz des D.M.B. den Streikbeschluss für den nächsten Tag fassen. Am Mittwoch war der Streik vollständig, in den folgenden Tagen gelang es der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, trotz starker Sabotage der Reformisten, eine ganze Reihe von nicht dem D.M.B. angeschlossenen Metallbetrieben in die Streikfront einzubeziehen.

Der Berliner Metallarbeiterstreik wird in der vordersten Front für alle deutschen Arbeiter geführt. Der Lohnabbau, der den Berliner Metallproleten droht, ist nur die Ausfühung des Hauptprogramms der Brüning-Regierung, die offen erklärt hat, daß sie nur im allgemeinen Lohnabbau einen Ausweg aus der Krise sieht. Der Angriff der Ausbeuter, der heute Berlin gilt, wird morgen uns treffen — und in Berlin wird schon zu einem bedeutenden Teil das Schicksal unserer Kämpfe mitentschieden.

Das müssen alle Arbeiter verstehen. Berlin kämpft für uns alle — wir dürfen es nicht allein lassen und mögen die verärrterischen Bogen hundertmal gegen die Verbreiterung der Streikfront gefaßt.

In allen Betrieben, in allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen proletarischen Massenorganisationen, vor allem in allen Gewerkschafts-Ortsgruppen muß unentzweielt zum Streik der Berliner Metallarbeiter Stellung genommen werden, gilt es, Beschlüsse zu fassen auf materielle Unterstützung der Berliner, vor allem aber auch aktive Hilfe durch Aufnahme des Kampfes im eigenen Betrieb.

Wir dürfen die Berliner Arbeiter nicht ihrem Schicksal überlassen, dürfen nicht dulden, daß die Unorganisierten ausgenutzt werden, weil das den verärrterischen Bogen so in den Kram paßt, dürfen nicht dulden, daß die Arbeitergruppe, die für uns, für alle deutschen Arbeiter, in der vordersten Linie kämpft, ihrem Schicksal überlassen wird.

Denn darauf kommt es an: Jetzt, wo Berlin im Kampfe steht, ist der günstige Augenblick, um durch entschlossenen Gegenangriff in Lauchhammer den Lohnraub zu vereiteln. Jetzt, wo Berlin kämpft, ist der günstige Augenblick für die Chemieproleten, den Lohnausgleich zur Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, der kapitalistischen Rationalisierung Einhalt zu gebieten. Jetzt, wo Berlin kämpft, ist der günstige Augenblick für die Bergarbeiter, ihr Leben gegen die kapitalistische Rationalisierung zu verteidigen und den Siebenlundenstag, die Achtstundentage, bei vollem Lohnausgleich, zu kämpfen.

Lassen wir Berlin allein kämpfen, so werden wir trotz

Streikabwägungsverhandlungen

(Eig. Bericht.) Berlin, 28. Oktober.
Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium ununterbrochen Verhandlungen unter der persönlichen Führung des Zentrumministers Stegerwald statt. An ihnen nahmen auch Industrievertreter aus Westdeutschland sowie führende Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und Seevering teil. In diesen politischen Verhandlungen wird das verärrterische „Kompromiß“ zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern vorbereitet.

Die „Frankfurter Zeitung“ weiß zu berichten, daß folgende „Waffen für den Friedensschluß“ in Vorziehung gebracht wurde:

„Streik-Beendigung, Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts, dem beide Parteien sich unbedingt unterwerfen. Später Anknüpfung der von ihm zu treffenden Regelung.“

Nach diesem Muster hat Seevering im Dezember 1928 als Sonderführer den großen Nordwehstkampf abgewürgt, nach demselben Muster sollen der Berliner Metallarbeiterkampf abgedreht werden.

Der Schrecken über die wachsende Kraft der K.G.D., die in diesem Kampfe zur gemäßigten Klassenorganisation der kämpfenden Metallarbeiter wächst, liegt den Unternehmern und ihrer Diktatur-Regierung ebenso in den Gliedern, wie ihrem Verstand. Sie drängen auf rasche Streikbeendigung.

dem nicht um die Kämpfe bei uns herumkommen, wenn wir nicht widerstandlos verhungern wollen — aber die Aussichten des Sieges werden geringer sein, wenn wir die jetzt entscheidende Stunde nicht zu nutzen verstehen.

Der Kampf Berlins ist ein politischer Kampf — ein Kampf gegen die Gefahr, die uns allen droht.

Laßt Berlin nicht allein für uns alle kämpfen!

Achtung, Verbindung mit Berlin!

Betriebe und Organisationen, die zum Berliner Metallarbeiterstreik Stellung nehmen, müssen ihre Beschlüsse unversäglich an die Zentralleitung der Berliner Metallarbeiter, Hermann Braun, Berlin, Draisenstr. 27, übergeben, von wo auch, wenn die Beschlüsse es wünschen, Vertreter der Berliner Streikleitung angefordert werden können, deren Forderungen durch die Beschlüsse aufzubringen sind. Außerdem sind die Beschlüsse unbedingt dem „Klassenkampf“ mitzuteilen.

Bergarbeiter, organisiert den Streik!

Mehrarbeitsabkommen für Kohl und Braunkohle zum 30. November gekündigt — Nur der Streik für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, gegen die mörderische Rationalisierung kann zum Erlolge führen, und das Leben der Kumpels gegen neuen Massenmord schützen — Nehmt Stellung in den Betrieben

Wählt Delegierte zur Bergarbeiter-Konferenz am 2. November in Halle!

Halle, 27. Oktober.
Die am Sonntag tagende Funktionärskonferenz des reformistischen Bergarbeiterverbandes hat einstimmig den Beschluss gefaßt, das Mehrarbeitsabkommen für den Braunkohlen- und Kalibergbau zum 30. November zu kündigen. Es ist klar, daß der Beschluss der reformistischen Konferenz nur das Resultat der gewaltigen Mobilisierungsarbeit der K.G.D. in den Betrieben und der ungeheuren Empörung der Bergarbeiter über den dauernden Kumpelmord ist. Eine Empörung, die so gewaltig ist, daß es den Bürokraten ratlos erscheint, den Anschein zu erwecken, als wollten sie einen Kampf führen, um so die Bergarbeiter vom wirklichen Kampf unter Führung der K.G.D. abzuhalten.

Jeder denkende Arbeiter versteht, daß die Ausbeuter heute, wo sie im ganzen Reiche den Lohnabbau als einzigen kapitalistischen Ausweg aus der Krise fordern, wo in Berlin ein gewaltiger Kampf gegen die Lohnräuber geführt wird,

nicht daran denken werden, einer Arbeitszeitverkürzung zuzustimmen, und schon gar nicht dann, wenn diese Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnerminderung erfolgt.

Und jeder Bergarbeiter weiß sehr gut, daß die heutigen Hungerlöhne so entsetzlich sind, daß eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnerminderung untragbar ist.

Die Reformisten, die in Berlin und in Leuna eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich vorschlagen, stehen freilich nicht auf diesem Standpunkt. Aber die Bergarbeiter verstehen, daß Arbeitszeitverkürzung bei Lohnfällung keine wirkliche Hilfe für die Erwerbslosen, sondern nur gesteigerte Gefahrheit, dauernden Gebirgsabbau und Kumpelmord zur Folge haben würde.

Es gilt also, für die Forderungen der Bergarbeiter, darunter vor allen Dingen die nach Siebenlundensticht über, Sechsstundensticht unter Tage, nach Schluß gegen die das Leben der Bergarbeiter bedrohende kapitalistische Rationalisierung den Streik zu organisieren und damit nicht bis zum 30. November zu warten, sondern rasch zu handeln, solange durch den Berliner Metallarbeiterstreik die Ausbeuterklasse aus schwerer getroffen ist, ein Streik der mitteldeutschen Bergarbeiter die schwerwiegendsten politischen Auswirkungen haben muß.

Es gilt, gleichzeitig mit dem Kampf der Braunkohle- und Kalibergarbeiter den Streik der Mansfeld-Kumpels, der Kupferarbeiter und Arbeitszeitverkürzung und Zuschuldenerhebung des geraubten Lohnes zu organisieren.

Die Mansfelder haben kein Interesse daran, darauf zu warten, daß sie am 1. Januar nach Abbau der Staatsubsidien für sich allein durch neuen Lohnraub zum Streik gezwungen

Erst schlagende Wetter, dann blaue Bohnen! Streik gegen Nachregelung roter Funktionäre!

(Eig. Bericht.) Witten, 28. Oktober.
Auf der Zeche Carolus Magnus hatte die Belegschaft, so wie auf den anderen Wurmrevierzechen, am Sonnabend zum Gedächtnis der in Widorf gemordeten Kumpels die Arbeit niedergelegt. Die Gewerkschaft hatte die Innergemeinschaft, diese Maßnahme als „blauen Streik“ zu kennzeichnen und entließ drei oppositionelle Betriebsräte. Die Belegschaft verlangte geschlossen deren Wiedereinstellung. Auf Aufforderung der Belegschaft erschienen die Entlassenen beim Schichtwechsel in der Walschläue und sprachen zu den Kameraden. Darauf rief die Direktion nach der Seevering-Polizei, die gemächlich die Betriebsräte aus dem Werk zu entfernen suchte, auf die Arbeiter Pistolenschüsse abgab und einen Kumpel durch Walschläue schwer verletzte. Die Belegschaft trat sofort in den Streik — die Seevering-Polizei hat die Zechenanlagen besetzt.

Auf der Zeche Carl Alexander in Weismeer kreisten die Arbeiter gegen die aus dem gleichen Grunde wie in Carolus Magnus erfolgte Entlassung ihrer K.G.D.-Funktionäre. Kumpels von Grube Klara, folgt diesem Beispiel.



Wie hundert Tote in einer Reih!
Kameraden, soll das so weitergehen?
Wir sagen nein, darum kämpfen wir mit uns gegen das Mordsystem!
**Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
Saargebiet Gruppe Bergbau.**